

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

10-2023

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe November-Dezember 2023

Redaktionsnotiz.....	3
Palästina.....	4
<i>Ideologische Kommission der KPD: Stellungnahme zum aktuellen Krieg in Palästina.....</i>	4
<i>Kommunistische Organisation: Der Terrorist heißt Israel.....</i>	6
<i>Ukrainische Arbeiterfront (RFU): Erklärung zu den Ereignissen in Palästina.....</i>	13
Peter Hacks über die Konterrevolution.....	22
<i>KPD-Leipzig: Beitrag beim Kulturabend der Regionalorganisation Leipzig der KPD.....</i>	22

<i>Hermann Jacobs: Alle Perioden des Kommunismus Ein historischer Diskurs</i>	38
Edition.....	38
Vorbemerkung.....	39
Vorperiode, Erste Periode oder Übergangsgesellschaft.....	42
Widerspruch in der ersten oder Vorperiode.....	44
Zur Frage einer letzten Form sozialer Privilegierung.....	48
Proletarischer Absolutismus.....	50
Zweite Periode, Wende zur Planwirtschaft - Kommunismus ökonomisch.....	53
Dialektik der Dreiteilung der Perioden des Kommunismus.....	56
Der einheitliche Kommunismus.....	60
Das Ende der Warenproduktion.....	62
Das Geld im Kommunismus.....	64
30 Jahre offen-siv.....	66
<i>Anna C. Heinrich, Frank Flegel: Rückblick auf 30 Jahre Zeitschrift offen-siv</i>	66
Aus der Leser/innen-Post.....	76
<i>Vitali Kovel: Alle Völker sollen in Frieden leben</i>	76
<i>LI Yanchunyu: Liebe Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei Deutschlands, Grüße!</i>	77
<i>Gerhard Feldbauer: ...was als Quelle hätte angegeben werden müssen</i>	80
<i>Christian Kunz: Strategie und Taktik der Kommunisten</i>	80

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Am Ende dieses Jahres schauen wir zurück auf ein Jahr, das für die kommunistische Bewegung weltweit schrecklich war. Überall Unklarheit, Zank, Spaltung und damit selbstverständlich eine riesige Schwächung.

Und das ist ja leider nicht so leicht zu ändern, denn Einheit kann nur durch Klarheit entstehen. Dieser Tatsache stehen aber unendlich viele Emotionen im Wege (z.B. Sympathien für bestimmte Länder, die den Blick auf die heutige Wirklichkeit in diesen Ländern trüben), zusätzlich taktische Ausrichtungen aus früheren Jahrzehnten (z.B. Volksfrontüberlegungen, parlamentarische Wege zum Sozialismus, Marktwirtschaft im Sozialismus), die auch heute noch - trotz der seit der Konterrevolution in Europa ja grundsätzlich veränderten Weltlage - von vielen Genossinnen und Genossen wie ein Dogma vor sich her getragen werden.

Wir können nichts anderes tun als uns um Klärung zu bemühen und Lernprozesse zu organisieren, auch wenn diese Bemühungen selbstverständlich nicht unbeeinflusst von den aktuellen politischen Geschehnissen bleiben.

Wenn man nicht zurück, sondern in die Zukunft schaut, wird die Laune auch nicht besser: der Imperialismus als Weltsystem kommt immer mehr zu sich selbst, d.h. die Kriegsgefahr steigt annähernd täglich, es gibt alte und neue Bündnisse imperialistischer Natur, dazwischen schwankende Staaten, die sich mal hier, mal da Vorteile versprechen. Kriege, zur Zeit noch regionale, entstehen in immer dichter Folge. Und mit USA/EU und BRICS+ stehen sich inzwischen zwei mächtige imperialistische Zentren feindlich gegenüber, was keine subjektive Boshaftigkeit der dortigen Führer ist, sondern eine logische Folge imperialistischer Dynamik, wodurch die Gefahr eines Dritten Weltkrieges aber reale Gestalt annimmt. Und blöder Weise haben wir die unangenehme Situation, dass geschätzt rund drei Viertel derjenigen, die sich in Deutschland als Kommunisten fühlen, das eben Gesagte nicht wahrhaben wollen, sondern BRICS+ für fortschrittlich, China auf dem Weg zum Sozialismus und Russland für etwas anderes als einen kapitalistischen Staat im imperialistischen Stadium halten.

Lasst uns trotz dieser Klagelieder mit Elan das Jahr 2024 angehen, denn wir müssen tun, was wir können, unsere Anstrengungen möglichst verdoppeln, immer wieder die Alternative aufzeigen, dabei für Klarheit sorgen, also alle Illusionen über den Imperialismus ausräumen und eine klassenbewusste Friedensbewegung entstehen lassen. Das sind alles Riesenaufgaben, aber wer, wenn nicht wir Kommunisten, könnten sie leisten?

Trotz alledem wünschen wir Euch und uns ein paar ruhige Tage über Weihnachten, ein gesundes Widersehen zur LLL-Demo in Berlin, vielleicht auch ein Treffen bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz der jW und ein Jahr 2024, in dem uns wenigstens ein paar Schritte vorwärts gelingen.

Ganz kurz zu diesem Heft: Selbstverständlich ist Palästina Thema, ansonsten geht es mehr um Historisches und Grundsätzliches. Zusätzlich findet Ihr einen Abriss der inzwischen 30-jährigen Geschichte unserer Zeitschrift. Ein Blick in die Zuschriften unserer Leserinnen und Leser beschließt das Heft.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

<h2>Palästina</h2>

Ideologische Kommission: Stellungnahme zum aktuellen Krieg in Palästina

Wir verurteilen entschieden und grundsätzlich die Besatzung in Palästina. Selbstverständlich ist für uns der palästinensische Widerstand legitim. Und genauso selbstverständlich ist, dass der palästinensische Widerstand von verschiedenen Klassen getragen wird, also nicht nur ein Widerstand der Arbeiterklasse gegen ihre Versklavung durch Israel ist, sondern auch ein Widerstand der palästinensischen Bourgeoisie gegen die Beschneidung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten durch die Bourgeoisie der Besatzer, durch die israelische Bourgeoisie.

Wenn wir hier darauf hinweisen, dass wirkliche nationale Befreiung nur im Sozialismus möglich ist, so ist das eine selbstverständliche Wahrheit. Wir mussten im Laufe der Geschichte die bittere Erfahrung machen, dass dann, wenn die nationale Frage vom Sozialismus losgelöst wurde, nur die Ausbeuter ausgetauscht wurden, nur die Farbe der Unterdrückung wechselte. Als Illustration dazu nur ein Beispiel: Südafrika. Die Apartheid wurde überwunden, die Lage der schwarzen Arbeiterklasse hat sich aber kaum verbessert. Auch in Palästina wird nach einer hoffentlich bald möglich werdenden Befreiung von der israelischen Herrschaft die Frage stehen, wer denn den unabhängigen neuen Staat Palästina bestimmen wird – die Bourgeoisie oder das Proletariat. Da Kommunisten stets an der Seite des Proletariats stehen, kann für uns, die KPD, die palästinensische Bourgeoisie, aktuell in Gestalt der Hamas und in Gestalt der Fatah, kein Bündnispartner sein.

Die kommunistische Bewegung musste schmerzhaft aus ihrer eigenen Geschichte lernen. Wir und viele andere Parteien der kommunistische Bewegung haben lange die Ansicht vertreten, dass es nationale Bourgeoisien geben könne (Stichwort „junge Nationalstaaten“, beispielsweise Indien, Ägypten, Iran), die einen grundsätzlichen Unterschied ausmachen würden verglichen mit den vom Imperialismus ausgehaltenen Kompradorenbourgeoisien. Hier hat die kommunistische Bewegung inzwischen eine große Erfahrung mit diesen falschen Theorien. Gerade die drei genannten Länder, aber auch noch weitere, ähneln dem oben angeführten Beispiel Südafrikas sehr.

Heute leben wir in einer Epoche des sterbenden Kapitalismus, auch wenn es nicht den Anschein hat, weil objektive Erfordernisse und subjektive Reife der Klasse weit auseinanderklaffen. Aber die Produktivkräfte geraten immer mehr in Konflikt mit den Eigentumsverhältnissen. Die Frage, ob Sozialismus oder Barbarei die Zukunft bestimmen sollen, stellt sich überall. So gilt: Palästina wird weder frei sein, so lange die israelische Bourgeoisie in Gestalt ihres Staats- und Militärapparates in neokolonialer Weise herrscht, noch wenn die palästinensische Bourgeoisie in Gestalt der Hamas oder der Fatah die israelitische Fremdherrschaft abgeschüttelt haben sollte. Ausbeutung und Unterdrückung bleiben, egal, welche Sprache die Ausbeuter sprechen.

Wo wir heute über Palästina reden, redeten wir gestern über Armenien und Aserbaidschan und morgen vielleicht über Serbien und den Kosovo. Wo wir hin sehen zeigt sich, dass der bürgerliche Nationalismus eine Falle für die Arbeiterklasse ist, um sie in das Boot der Bourgeoisie zu bekommen.

Wir sollten Krieg und Krise auch im großen Zusammenhang mit dem imperialistischen System sehen. China und die USA streiten sich um die Vormacht im imperialistischen System. Wollen wir als Kommunisten da nicht nur Schachfiguren sein, müssen wir einen unabhängigen Klassenstandpunkt beziehen in allen Auseinandersetzungen der kommenden Zeit. Weder Bündnisse wie BRICS noch kleinere imperialistische Staaten wie die Türkei, Katar, Saudi-Arabien oder der Iran spielen eine fortschrittliche Rolle.

Zurück zu Palästina: Einzig ein sozialistisches Palästina wird das Problem für beide Völker lösen. Hierfür ist es notwendig, sowohl den Zionismus als auch den Nationalismus und Islamismus zu bekämpfen. Das kann nur im gemeinsamen Kampf der israelischen und der palästinensischen Arbeiterklasse geschehen.

Unsere Losung als KPD lautet deshalb: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Kommunistische Organisation¹: Der Terrorist heißt Israel **Stellungnahme der Zentralen Leitung der KO**

Krokodilstränen für die toten Israelis, völlige Gleichgültigkeit angesichts bereits hunderter getöteter palästinensischer Zivilisten bei den Vergeltungsmaßnahmen der israelischen Armee – so lässt sich die Stimmung der bürgerlichen Medien in Deutschland nach der palästinensischen Offensive aus dem Gazastreifen zusammenfassen. Und das ist weder neu noch überraschend: Dass im sogenannten Nahostkonflikt einzig die Leben israelischer Bürger für schützenswert gehalten werden, ist seit jeher die menschenfeindliche Kalkulation der herrschenden Politik und Medien in

¹ Da es zwei Organisationen mit dem Namen „Kommunistische Organisation“ (KO) in Deutschland gibt, bezeichnen wir sie nach den Orten ihrer Gründungskongresse als KO Göttingen und KO Frankfurt. Hier handelt es sich um die KO Göttingen (d. Red.).

Deutschland und anderen westlichen Staaten. Entsprechend beeilten sich die politischen Führer des deutschen Imperialismus, sich öffentlich auf die Seite Israels zu stellen. Außenministerin Baerbock sprach Israel das „völkerrechtlich verbrieftete Recht“ zu, sich gegen „diesen perfiden Terror“ zu verteidigen. Als Völkerrechtlerin weiß Baerbock natürlich, dass es sich genau umgekehrt verhält, dass es im Völkerrecht zwar kein Recht auf Besetzung, wohl aber ein Recht auf Widerstand gegen Besetzung gibt. Worte des Bedauerns oder der Kritik angesichts des Terrors, den die israelische Armee nun seit Tagen gegen die Zivilbevölkerung in Gaza entfesselt, hört man nicht. Wir sehen uns heute in Deutschland einer einzigen de facto rechten Front der Reaktion gegenüber: Von der traditionell proisraelischen AfD über die Ampelkoalition bis hin zur Linkspartei und großen Teilen der „Antifa“-Szene, die sich in dieser Frage so gar nicht antifaschistisch positionieren will.

Aber es bleibt nicht bei der vollständigen Solidaritätserklärung der Herrschenden in Deutschland und ihrer Anhänger mit dem zionistischen Besatzungsregime. Es folgen prompt die Taten, damit bloß nicht der Eindruck entstehe, dass es in Deutschland auch Menschen gibt, die nicht in den Chor der Kriegspropaganda einstimmen: Palästinensische Organisationen wie zuletzt die Gefangenengruppe Samidoun werden massiv repressiert und jede öffentliche Unterstützung für den palästinensischen Befreiungskampf, wie eine Kundgebung am Samstag Abend in Berlin-Neukölln wird durch die Polizei mit Gewalt beendet und durch die herrschenden Medien als „antisemitisch“ diffamiert. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag hat die Regierung sogar aufgefordert, alle Hilfen für die Palästinenser nun auf den Prüfstand zu stellen.

Was passiert gerade in Palästina?

Am 7. Oktober hat eine Koalition aus palästinensischen Widerstandsgruppen die Absperrungszäune des Gazastreifens gesprengt, hat mit starken Einheiten die Außenposten der israelischen Armee (IDF) überrannt und die umliegenden Siedlungen eingenommen. Die Hamas erklärte in einer Stellungnahme gegenüber Al-Jazeera: „Dies ist keine kurze Operation. Wir haben eine vollumfassende Schlacht begonnen. Wir gehen davon aus, dass die Kämpfe andauern und die Kampffronten sich ausweiten. Wir haben ein vorrangiges Ziel: Unsere Freiheit und die Freiheit unserer heiligen Stätten“¹. Im Verlauf der letzten Tage wurden Hunderte Israelis, darunter viele

bewaffnete Kräfte, aber auch viele unbewaffnete Zivilisten, getötet. Außerdem wurde eine noch nicht eindeutig bestimmbar, aber sicher einige Dutzende betragende Zahl von Personen aus Israel gefangen genommen, die nach Angaben der Hamas gegen palästinensische Gefangene in Israel ausgetauscht werden sollen.

Das israelische Regime hat mit der Erklärung des Kriegszustands reagiert und mit einem seitdem ununterbrochenen Bombardement des Gazastreifens begonnen, bei dem bereits Hunderte Palästinenser getötet wurden. Der Kriegsminister des rechten israelischen Regimes Yoav Gallant erklärt: „Wir erlegen Gaza eine komplette Belagerung auf. Es wird keine Elektrizität, keine Nahrung, kein Wasser, keinen Treibstoff geben. Alles wird geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und werden entsprechend handeln.“². Damit kündigt Gallant nicht nur eine kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung an, also ein eindeutiges Kriegsverbrechen, sondern verleiht auch dem völkischen Rassismus seines Regimes gegenüber der arabischen Bevölkerung Ausdruck – mit Aussagen, die im offiziellen Diskurs in Israel aber durchaus üblich sind. Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu forderte die Zivilbevölkerung dazu auf, den Gazastreifen zu verlassen, da die IDF Teile des Gebiets „in Ruinen“ verwandeln werde³. Am Gazastreifen werden Panzer für eine Bodenoffensive zusammengezogen, die die Zahl der toten Zivilisten in Gaza vervielfachen dürfte.

Der angekündigte erneute Massenmord in Gaza hat anders als der Angriff der palästinensischen Gruppen im Westen zu keinerlei Aufschrei geführt und gibt somit auch einen Einblick in die ideologische Gedankenwelt der Tausenden Demonstranten, die gerade allein in Deutschland mit Fahnen des Besatzerstaates auf die Straße gehen.

Wer ist schuld an der Gewalt?

Für die Herrschenden in Deutschland ist die Frage klar: Die von der Hamas geführte palästinensische Koalition hat einen unprovokierten Angriff gestartet und aus reinem Hass zahllose Zivilisten umgebracht. Doch damit werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt.

Welche sind diese Tatsachen? Zu den Tatsachen gehört, dass seit einem vollen Dreivierteljahrhundert der Staat Israel sich auf geraubtem Land ausbreitet – auf Land, das vor der zionistischen Besiedlung zur

überwältigenden Mehrheit von Palästinensern bewohnt war, die zwischen 1947 und 1949 in der Nakba, der ethnischen Säuberung Palästinas, gewaltsam vertrieben wurden. Dass der UN-Teilungsplan von 1947 deutlich zu Ungunsten der einheimischen Bevölkerung war, also bereits einen umfassenden Landraub vorsah, aber Israel sich seitdem fast die Gesamtheit Palästinas einverleibt hat: Heute sind nur noch der Gazastreifen und 18% des Westjordanlands unter palästinensischer Kontrolle, ein winziger Bruchteil des historischen Landes Palästina⁴, noch dazu zersplittert und aufgeteilt durch zahllose Checkpoints des Militärs. Dass der Gazastreifen durch die israelischen Sicherheitskräfte seit 16 Jahren einer Totalblockade unterworfen wird, dass 97% des Trinkwasser im Gazastreifen kontaminiert und nicht trinkbar ist, dass nur 20% des Elektrizitätsbedarfs gedeckt werden (Stand 2017), dass 86% der Kinder unter fünf Jahren keine ausreichende Ernährung bekommen, dass bereits 2017 die UNO davor warnte, dass der Gazastreifen bis 2020 wahrscheinlich faktisch unbewohnbar sein würde⁵. Dass der Widerstand des palästinensischen Volkes gegen das barbarische System der Unterdrückung, das durch die israelische Besatzung und Abriegelung auferlegt wird, regelmäßig von den Streitkräften Israels grausam bestraft wird, indem unterschiedslos Wohnviertel, Schulen und Krankenhäuser im Gazastreifen bombardiert werden. Dass zwischen 2008 und 2021 23 mal mehr Palästinenser durch Israel getötet wurden als umgekehrt und dabei die Toten auf israelischer Seite zu 87% aus Sicherheitskräften und (meist bewaffneten) Siedlern der illegalen Siedlungen auf palästinensischem Land bestanden⁶. Dass der Versuch eines friedlichen Bruchs der Blockade durch den „Great March of Return“ 2018-2019 von Israel in einem Blutbad ertränkt wurde, bei dem 223 Demonstranten, darunter 46 Minderjährige, kaltblütig ermordet wurden, überwiegend von Scharfschützen der israelischen Armee⁷. Dass Israel nach übereinstimmender Einschätzung von Amnesty International, Human Rights Watch und UN-Experten gegen die palästinensische Bevölkerung ein System der Apartheid errichtet hat, also ein doppeltes politisches System und Rechtssystem, das systematisch und massiv die palästinensische Bevölkerung diskriminiert⁸. Dass Israel die letzte verbliebene Siederkolonie ist, die auf der rassistischen Idee des jüdischen „Geburtsrechts“ auf das Land beruht.

Es kann deshalb nicht genug betont werden: Es gibt keinen „israelisch-palästinensischen Konflikt“ im Sinne eines Krieges mit zwei vergleichbaren

Seiten. Was es gibt, ist ein verbrecherisches Besatzungsregime, das dem palästinensischen Volk schlicht gar keine andere Wahl lässt, als in den Widerstand zu gehen – ein Widerstand, der in all seinen Formen, zivil und bewaffnet, von der überwältigenden Mehrzahl des Volkes unterstützt wird. Das palästinensische Volk hat deshalb keine andere Wahl, weil ein Leben unter der Besatzung von den Besatzungsbehörden aktiv unmöglich gemacht wird. Nicht die Ideologie der Hamas oder des Islamischen Dschihad und schon gar nicht irgendein angeblicher Antisemitismus der Araber, wie er von der rechtsradikalen Strömung der sogenannten „Antideutschen“ und den herrschenden Medien in Deutschland herbeiphantasiert wird, bringt den Kampf gegen Israel hervor, sondern die objektiven, schlicht unhaltbaren Lebensbedingungen.

Eine Position der gleichmäßigen Distanzierung vom Besatzungsregime und der Hamas ist deshalb nicht nur falsch sondern auch realitätsfern, weil sie Dinge miteinander vergleicht, die sich nicht vergleichen lassen. Wir betonen deshalb eindeutig: Schuld daran, dass der Konflikt andauert, dass er weiterhin Tausende Leben vernichtet, ist nicht die Hamas oder irgendeine andere Widerstandsgruppe, sondern die herrschende Klasse Israels, die ihre Besatzung aufrecht erhält, die Lebensbedingungen der Palästinenser zerstört und zu keinen ernsthaften Zugeständnissen an die palästinensische Seite bereit ist. Unter diesen Umständen ergibt die Frage, wer denn dieses Mal „angefangen“ hat, keinerlei Sinn. Das palästinensische Volk erleidet die terroristische Gewalt des zionistischen Staates Tag für Tag. Deshalb kann jeder Gewaltakt von Seiten der Widerstandsgruppen zwangsläufig gar nichts anderes sein als eine Reaktion.

Unterstützen wir die Handlungen der Hamas?

Die Einschätzung, ob die umfassende militärische Offensive aus dem Gazastreifen richtig war oder nicht, müssen die revolutionären Kräfte vor Ort treffen. Klar ist, dass wir eine Trennung und damit Spaltung des Widerstands in friedlichen und bewaffneten Widerstand nicht akzeptieren können – wenn der zivile Widerstand nicht ausreichend ist, um das Gewaltregime der Besatzung zu brechen, dann ist auch bewaffnete Gegenwehr legitim.

Das bedeutet allerdings nicht, dass wir jede Aktion des Widerstands gutheißen müssen. Das gezielte Töten von Zivilisten, die letztlich auch unsere

Klassengeschwister sind, lehnen wir ab. Für uns ist jedes unschuldige Leben, das gewaltsam beendet wird, eines zu viel, egal auf welcher Seite – allerdings muss dazu gesagt werden, dass Angehörige der rechten Siedlerbewegung Teil des Apparates sind, der die Besetzung gewaltsam durchsetzt und ausweitet, oft als Teil bewaffneter Milizen, und deshalb nicht als Zivilisten gezählt werden können. Doch eine bloße Verurteilung der Gewalt, die nicht nach den Ursachen fragt, ist letzten Endes nichts als flacher liberaler Moralismus, der dazu beiträgt, die gewaltsamen Verhältnisse zu verewigen, statt sie zu überwinden. Ein Ende des Mordens kann es nur mit einem Ende der Besetzung und Blockade, durch die Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen für die Palästinenser und Gleichheit zwischen allen Bewohnern des Landes geben – somit liegt die Verantwortung für alle Toten des Krieges letzten Endes bei der Macht, die den Krieg aufgezwungen hat und einen Frieden verhindert.

Wie stehen wir nun zur Hamas? Die Hamas ist Teil des palästinensischen Widerstands und gleichzeitig eine Kraft, mit der uns ideologisch nichts verbindet. Wenn die verschiedenen Widerstandsgruppen nicht gegeneinander kämpfen und auf der Aktionsebene auch miteinander kooperieren, ist das einerseits angesichts der erdrückenden Übermacht des gemeinsamen Feindes vermutlich alternativlos. Dass die Hamas im Widerstand eine führende Rolle einnimmt, ist für Kommunisten natürlich ein Problem – denn es handelt sich um eine bürgerliche Organisation, die für einen palästinensischen Kapitalismus steht, in dem Palästinenser andere Palästinenser ausbeuten. Ihr nationalistischer und religiöser Charakter erschwert es außerdem zusätzlich, die israelische Arbeiterklasse und einen Teil des Volkes von Israel für einen gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus und Zionismus zu gewinnen.

Was bedeutet „Freiheit für Palästina“?

Denn darin, in einem gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse gegen das reaktionäre Apartheidsregime, besteht letztlich die einzige Möglichkeit für eine wirkliche Befreiung Palästinas: Der Zionismus ist als Ideologie und System ein Feind der weltweiten Arbeiterklasse. Und auch wenn niemand auch nur ansatzweise so sehr unter ihm leidet wie das palästinensische Volk, so profitiert auch die Arbeiterklasse Israels nicht von den kapitalistischen Verhältnissen im Land, so hat auch sie letztlich ein Interesse an einem Leben in Frieden und Solidarität. Allein militärisch wird der palästinensische

Widerstand das Kolonialregime nicht zerschlagen können, wenn in Israel selbst die nationale Einheit hinter Besatzung, Apartheid und Kolonialismus intakt bleibt. Zudem ist ein Leben in Freiheit und Frieden nur im Sozialismus möglich, denn unter Bedingungen der kapitalistischen Staatenkonkurrenz wird es immer wieder zu Kriegen kommen.

Die Aufgabe, die Arbeiterklasse in Israel für den Kampf für ein freies Palästina zu gewinnen ist äußerst schwierig, sie erscheint fast unmöglich, da in Israel offensichtlich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung überhaupt in nennenswerter Weise Empathie für das andauernde Martyrium der Palästinenser empfindet, geschweige denn sich solidarisch mit dem Befreiungskampf zeigt. Doch sie ist notwendig, eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Daraus ergibt sich, dass die Aufgabe der Kommunisten in Palästina, aber auch in Israel, in diesem Kampf darin besteht, die Frage der nationalen Befreiung Palästinas als Klassenfrage zu formulieren und hervorzuheben, dass es nicht um einen Kampf zwischen Palästinensern und Juden, sondern um einen Kampf gegen die Unterdrückung geht; ihre Aufgabe besteht ferner darin, sich eine führende Rolle im Widerstand zu erkämpfen und die Hamas oder andere ideologisch reaktionäre Kräfte dadurch an den Rand zu drängen.

Die Aufgabe von Kommunisten in Europa besteht darin, sich solidarisch mit der palästinensischen Arbeiterklasse und dem Befreiungskampf zu zeigen, was nicht zwangsläufig die Unterstützung einer bestimmten Organisation bedeuten muss. Lassen wir uns nicht vom scheinbaren Konsens der Herrschenden und ihrer Meinungsdictatur einschüchtern! Entlarven wir ihre schamlosen Lügen über Israel und Palästina, brechen wir das Schweigen, tragen wir unseren Protest auf die Straße!

Freiheit für Palästina! Nieder mit dem Zionismus und seinen Unterstützern in Deutschland! Hoch die internationale Solidarität!

-
- 1.<https://www.aljazeera.com/news/2023/10/7/hamas-says-it-has-enough-israeli-captives-to-free-all-palestinian-prisoners>
 - 2.https://www.huffingtonpost.co.uk/entry/israel-defence-minister-human-animals-gaza-Palestine_uk_65245ebae4b0a32c15bfe6b6#:~:text=%E2%80

%9CWe%20are%20fighting%20human%20animals%20and%20we%20act,in
%20Gaza%20by%20denying%20them%20basic%20human%20needs.

3.<https://news.sky.com/story/benjamin-netanyahu-warns-people-to-leave-gaza-as-he-vows-to-reduce-parts-of-the-territory-into-rubble-12979786>

4.<https://www.aljazeera.com/news/2021/5/18/mapping-israeli-occupation-gaza-palestine>

5.<https://news.un.org/en/story/2017/07/561302-living-conditions-gaza-more-and-more-wretched-over-past-decade-un-finds>;

<https://www.aljazeera.com/news/2021/10/12/gaza-undrinkable-water-slowly-poisoning-people>

6.<https://www.aljazeera.com/news/2021/5/18/mapping-israeli-occupation-gaza-palestine>

7.https://www.btselem.org/gaza_strip/20210524_whitewash_time

8.<https://news.un.org/en/story/2022/03/1114702>; <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>;

<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/>

Ukrainische Arbeiterfront (RFU): Erklärung zu den Ereignissen in Palästina

In Israel und im Gazastreifen begann der Morgen des 7. Oktober nicht mit Kaffee. Offenbar bereiten unsere Propagandisten bereits Handbücher vor, nach denen wir alle Israel in diesem Konflikt unbedingt unterstützen sollten, weil es Opfer einer Aggression seitens der Hamas geworden ist, so wie die Ukraine Opfer einer Aggression seitens der Russischen Föderation geworden ist. Aber ist es so einfach und ist es möglich, alle Schuld auf eine einzige Person oder sogar eine Gruppe von Personen zu schieben, insbesondere angesichts der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel? Gehen wir der Sache auf den Grund.

Wir werden hier keine umfassenden Ausführungen über die Entstehung Israels und seinen Konflikt mit den Arabern, über Palästina und über den Krieg des Jüngsten Gerichts machen, denn in dieser Runde dieser Konfrontation sind alle oben genannten Ereignisse sicherlich von Bedeutung, aber nicht die wichtigsten. Das Apartheidregime in Israel, die unmenschliche Behandlung der Palästinenser und die Blockade des Gazastreifens, die

Tausende von Opfern gefordert hat, sind das, was die Arbeiter Palästinas dazu bringt, ihrer nationalen Bourgeoisie in ihrem Spiel zu folgen. Hinzu kommt der religiöse Chauvinismus, unter dessen Banner die Arbeiter Palästinas völlig aus der Führung der nationalen Befreiungsbewegung entfernt wurden und die Bewegung zu einer Karikatur ihrer selbst geworden ist. Trotz alledem ist der wichtigste Punkt der Konflikt zwischen den USA und der VR China, oder besser gesagt zwischen ihren Monopolen, von größter Bedeutung. Ja, ja, Sie haben richtig gehört, unsere Organisation ist der Meinung, dass die Wurzeln des aktuellen Massakers zwischen Israel und Palästina denen des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland ähneln. Doch bevor wir zum eigentlichen Thema kommen, möchten wir unsere Positionen darlegen.

Der RFU lehnt die israelische Besatzung und die terroristische Politik gegenüber Arabern sowohl in Israel als auch in Palästina ab. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir mit der Hamas-Organisation sympathisieren. Es besteht kein Zweifel, dass die Hamas in der Bevölkerung des Gazastreifens starken Rückhalt hat. Diese Unterstützung ist in erster Linie auf die Politik des Terrors der israelischen Regierung gegen die arabische Bevölkerung zurückzuführen. Aber ebenso unbestreitbar ist die Tatsache, dass die Hamas mit ihren Aktionen den Interessen des Iran und Chinas dient. Darüber hinaus schlägt die Hamas keine wirkliche Lösung der nationalen und religiösen Probleme in der Levante vor, sondern lediglich die Ersetzung des jüdischen Chauvinismus durch ein arabisches Pendant. Unsere Position zum aktuellen Konflikt steht in kategorischem Gegensatz zu den Positionen der herrschenden Klasse in Israel und Gaza.

Wir gehen davon aus, dass Sie mit Chinas "One Belt, One Road"-Plan zur Ausweitung des wirtschaftlichen Einflusses seines Kapitals auf die Länder Europas und Afrikas bereits vertraut sind. Auch die USA sind sich dessen bewusst, und um die Verwirklichung dieser Initiative zu verhindern, haben sie sich kürzlich darauf geeinigt, eine alternative Handelsroute von Europa nach Indien auszuarbeiten. Die US-Handelsroute sollte über Israel und Saudi-Arabien verlaufen. Gleichzeitig versuchte Israel, die Beziehungen in der Region im Allgemeinen und zu Saudi-Arabien im Besonderen zu normalisieren. Dies war äußerst ungünstig für den Iran, und da sowohl der Iran als auch Saudi-Arabien bereits als Mitglieder der BRICS gelten (formal werden sie erst 2024 Mitglied), war dies auch äußerst ungünstig für China.

Daher kann man mit Sicherheit sagen, dass Israel für die Förderung der Handelsroute gemäß dem US-Plan kämpft, während der Iran die Interessen der VR China vertritt. Nach der jüngsten Erklärung des saudischen Außenministeriums und den Äußerungen der Behörden islamischer Länder wie Syrien, Katar, Afghanistan und Pakistan zu urteilen, wird die gesamte Verantwortung für die Geschehnisse Israel und seiner Regierung zugeschoben, obwohl allgemein zur Deeskalation der Lage aufgerufen wird. Auf dieser Grundlage kann argumentiert werden, dass es dem Iran gelungen ist, die Saat der Zwietracht zu säen, oder besser gesagt, den Zugang zur Sonne wieder zu öffnen, die die Beziehungen Israels zu seinen arabischen Nachbarn waren. Die Ukraine, die EU-Länder und die USA haben sich jedoch zur Unterstützung Israels geäußert, allerdings bisher ohne klare öffentliche Pläne für die Umsetzung und die Art dieser Unterstützung, abgesehen von der Bereitstellung von Geheimdienstinformationen für Israel durch die USA. Die pro-iranische Organisation Hisbollah hat bereits mehrere Angriffe auf Israel gestartet und sagte in einer Ansprache an Hamas-Mitglieder: "Unsere Geschichte, unsere Waffen und unsere Raketen sind immer bei euch. Wir sind alle mit euch." Man kann also schon jetzt sagen, dass dieser Krieg, und es ist der Übergang dazu, den das politisch-militärische Kabinett Israels gebilligt hat, an zwei Fronten geführt wird.

Lassen Sie uns nun den Iran im Detail betrachten. Es ist besonders hervorzuheben, dass der Iran nicht nur eine Marionette der VR China ist, sondern weit mehr als nur die Kompradoreninteressen seiner nationalen Bourgeoisie gegenüber China verfolgt. Das ehrgeizigste Interesse des iranischen Kapitals liegt in der Idee der religiösen Identifikation der Massen, die im islamischen Fundamentalismus möglich ist. Dies erleichtert das Vorgehen des Irans im Nahen Osten und trägt dazu bei, die nationale Bourgeoisie der Länder zu schwächen, die ihm mit ethnisch-konfessionellen Konflikten entgetreten, und zu diesem Zweck braucht der Iran die Niederlage oder zumindest die Schwächung Israels. Es sei darauf hingewiesen, dass der iranische Präsident dem Hamas-Führer zum Beginn des Krieges gratulierte, ihm Erfolg wünschte und seine volle moralische Unterstützung zum Ausdruck brachte: "Sie haben die islamische Nation glücklich gemacht". Die Phrase von der islamischen Nation, egal wie sehr kasuistische Erklärungen von Theologen ihren Kern verbergen, ist eine reaktionäre, trashige Idee in den Händen von Oligarchen aus Teheran, eine

Idee, die für alle Arbeiter in der Region sehr gefährlich ist. Am Ende haben wir einen weiteren Stellvertreterkrieg im Nahen Osten zwischen den USA, der EU und Iran-China.

Welchen Platz haben also die einfachen Menschen, die einfachen Arbeiter wie wir, in diesem Konflikt? Ist der palästinensische Kampf ein nationaler Befreiungskampf? Wen sollte ein echter Kommunist unterstützen? Eines ist sicher: Der Krieg, den wir jetzt erleben, ist bereits zu einem blutigen Fleischwolf geworden, der Tausende von Zivilisten das Leben gekostet hat und zu einem der größten der letzten 50 Jahre werden könnte, wobei das Ausmaß der Folgen direkt von der Zahl der Beteiligten abhängt. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu äußerte sich inmitten der Billigung der Bodenoperation im Gazastreifen wie folgt: "Wir werden jeden Ort in dieser Stadt des Bösen, in der sich die Hamas versteckt, in Trümmer verwandeln. Die israelische Armee wird ihre ganze Kraft einsetzen. Bewohner des Gazastreifens, kommt sofort raus." Mit Stromausfällen und einer militärischen Zonensperre, während die militärische Führung der IDF im Rahmen des erklärten Krieges völlige Handlungsfreiheit hat, verwandelt sich ein kleines Stück Land von 40x12 Kilometern mit einer Bevölkerung von 2-3 Millionen Menschen in den gefährlichsten und tödlichsten Ort des Planeten. Und das noch vor dem tatsächlichen Beginn der versprochenen Bodenoperation zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts. Netanjahu ging zusammen mit dem ständigen Vertreter Israels bei der UNO, Gilad Erdan, noch weiter: "Die Zeit der Gespräche mit diesen Wilden ist vorbei. Es ist an der Zeit, die terroristische Infrastruktur der Hamas zu zerstören, sie vollständig auszulöschen, damit sich solche Schrecken nicht wiederholen."

Und es sieht so aus, als ob diese Aussage nicht umsonst ist, sondern die Pläne der israelischen Führung widerspiegelt, die die Aktionen der Hamas ausnutzt, um ihre räuberischen Pläne zu verwirklichen. Es ist nicht nötig, zu erklären, wie viel Blut, Leid und zerstörte Leben solche "Pläne" verursachen werden. Die wahre Tragödie dieses Gemetzels steht noch bevor.

Und was ist mit den Kommunisten, wie haben sie auf den Konflikt reagiert? Wir können 3 Hauptpositionen unterscheiden. Schauen wir sie uns der Reihe nach anhand von Beispielen an. Die erste Position ist die volle Unterstützung des palästinensischen Volkes in seinem nationalen Befreiungskrieg, auch wenn die politische Führung dieses Kampfes die islamistische Hamas ist. Der

Slogan der Organisationen und Parteien, die diese Position vertreten, lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: für die Räumung Palästinas, für einen legitimen islamistischen, halbfeudalen (halb - weil die herrschende Klasse die Bourgeoisie bleibt, aber der Überbau von feudalen Überresten beherrscht wird) Staat in den Grenzen von vor 1967, mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Und solche Marxisten verschließen die Augen vor der garantierten Diskriminierung der verbleibenden nicht-arabischen und nicht-muslimischen Bevölkerung im Falle eines Erfolgs der Hamas. Dies ist insbesondere die Position der Kommunistischen Partei Venezuelas.

Die oben genannte Position der Kommunisten erscheint besonders tragisch vor dem Hintergrund einer offiziellen Erklärung des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas, der gleichzeitig als Führer der nationalen Bewegung für die Befreiung Palästinas (Fatah) fungiert. Präsident Abbas verurteilte das Vorgehen Israels gegen Palästina und seine Bevölkerung und rief die israelische Regierung auf, von einer Eskalation der Feindseligkeiten abzusehen. Die Fatah selbst ist jedoch nicht für die Handlungen der Hamas verantwortlich und lehnt deren Regierung im Gazastreifen sogar ab. Die Fatah mag nicht mehr die fortschrittliche Kraft sein, die sie zur Zeit der ersten Intifada war, aber sie ist immer noch die stärkste säkulare und bürgerlich-demokratische palästinensische Organisation. Das heißt, viele Palästinenser sind bereit, für ihre Freiheit zu kämpfen, ohne sich mit den religiösen Chauvinisten, mit reaktionären antidemokratischen Elementen, die auch unter dem Einfluss ausländischer Monopole stehen, zu solidarisieren.

Die Alternative zur ersten Position ist der Aufruf zur Ablehnung der Tötung von Zivilisten beider Ethnien und Religionen, die Bewegung für die Räumung der palästinensischen Gebiete und die Errichtung von zwei Nationalstaaten für beide Völker. Analog zu dem, was die UNO bereits 1947 plante. Eine solche Position wird beispielsweise von der Kommunistischen Partei Israels und der von ihr geführten öffentlichen "Volksfront" Hadasch vertreten. Es sei gesondert erwähnt, dass uns diese Position schwach erscheint, da sie eine Form der Lösung der Frage wie "zwei Völker, zwei Staatsoberhäupter" fetischisiert.

Darüber hinaus wirft Maki (die Kommunistische Partei Israels) mit Erklärungen über den faschistischen Charakter des Netanjahu-Regimes um sich. Netanjahu ist zweifellos unser schlimmster Klassenfeind, der im

Interesse des israelischen Finanzkapitals handelt und Israels religiösen Faschisten nachgibt, aber es ist eindeutig noch nicht zum Faschismus gekommen, obwohl ein Krieg den Prozess beschleunigen könnte. Ein weiterer Fehler unserer Genossen ist, dass sie die volle Verantwortung für den Konflikt der israelischen Regierung zuschreiben, ohne die zwischenimperialistischen Widersprüche in diesem Konflikt zu bemerken. Dennoch sind wir froh, dass sie sich nicht der Tradition angeschlossen haben, den gesamten palästinensischen Widerstand unterschiedslos zu unterstützen und die Aktionen der Hamas und ihrer Herren nicht mitzutragen.

Die Kommunisten Israels tun in dieser Hinsicht etwas besonders Mutiges, denn sie sind eine völlig legale Partei (3 Sitze in der Knesset, 4, wenn man den Verbündeten Hadash mitzählt), die wirklich notwendige Erklärungen abgibt, die den Massen eine Alternative zum bestialischen Hass und zur Unterstützung ihrer Regierungen bieten. Sie tun dies unter Kriegsrecht, denn auf jede derartige Äußerung könnte nicht nur eine Verhaftung, sondern eine Hinrichtung im Schnellverfahren folgen. Umso bitterer ist es für uns, festzustellen, dass unsere Genossen sich bei der Wahl ihrer Positionen zu der sich abspielenden Tragödie derart verkalkulieren.

Wir haben bereits oben unsere Position zum aktuellen Konflikt dargelegt, die darin besteht, sowohl die Hamas selbst als auch die israelische herrschende Klasse nicht zu unterstützen. Es ist an der Zeit, dies zu vertiefen. Jeder nationale Befreiungskrieg ist gerecht. Dieser Konflikt lässt jedoch keinen Zweifel daran aufkommen, dass sein Charakter keineswegs befreiend ist, unabhängig von den Idealen (seien wir ehrlich - nicht Ideale, sondern Idole im Gewand von Idealen) seiner einzelnen Teilnehmer. Imperialistische Kriege werden nicht von Soldaten begonnen, aber es liegt in ihrer Macht, sie zu beenden. Können die Soldaten Palästinas oder Israels dies tun? Nicht, wenn wir es auf der Grundlage des gegenwärtigen Stands der Dinge tun. Das Maximum ist ein Waffenstillstand, aber kein Frieden. Das wird aber den Arbeitern in Palästina (insbesondere in Gaza) nicht passen, die in Wirklichkeit seit vielen Jahren in einem Kriegszustand leben, der offiziell als "Frieden" bezeichnet wurde. Aus diesem Grund haben viele Palästinenser den aktuellen Konflikt als Chance gesehen, die ungerechten Verhältnisse zu beenden, während sie in Wirklichkeit von den falschen Idealen der reaktionären Hamas getäuscht wurden. Außerdem arbeiten ihre Glaubensbrüder, die innerhalb

Israels leben, jetzt Schulter an Schulter mit den arbeitenden Juden in der Hoffnung, ihre Heimat intakt zu halten, bevor die Wirbelstürme eines neuen Nahostkonflikts sie zerstreuen....

Doch was bleibt in einem solchen Fall übrig?

Es wäre äußerst töricht von uns, hier und jetzt zu fordern, dass der imperialistische Krieg in einen Bürgerkrieg umgewandelt wird, sowohl im Nahen Osten als auch in unserem Land. Aber dennoch sollte dies das oberste Ziel eines jeden Vertreters der arbeitenden Bevölkerung sein. Ob im Nahen Osten oder in der Ukraine, der Konflikt wird nicht abklingen und immer wieder aufflammen, bis wir mit unserer eigenen Hand dieses Geflecht von Widersprüchen der großen Monopole aufbrechen. Krieg ist der Zeitpunkt, an dem die herrschende Klasse den Druck auf die arbeitenden Massen um ein Vielfaches erhöht. Deshalb müssen sich die Palästinenser mit äußerster Dringlichkeit den islamistischen Barbaren in ihrer Regierung entgegenstellen und die Einwohner Israels den zionistischen Unterdrückern, die auf ihrem Gebiet nicht einmal die von der internationalen Gemeinschaft anerkannten bürgerlichen Rechte garantieren können. Aber am wichtigsten ist, dass Juden und Araber dies gemeinsam tun müssen. Mit anderen Worten: Nur die Arbeiter Palästinas und Israels selbst können das Blutvergießen zwischen Juden und Arabern für immer beenden. Ihre Aufgabe muss die Bildung eines gleichberechtigten sozialistischen Staates (oder von Staaten, je nach den besonderen Umständen) sein, was nur möglich sein wird, wenn religiöse und nationalistische Vorurteile beseitigt werden. Was die Taktik der Kommunisten zur Erreichung dieses Ideals betrifft, so kann sie in der ersten Phase in der Schaffung einer vereinigten Volksfront bestehen, die sich den reaktionärsten Elementen entgegenstellt.

Zusammengefasst: Wir sind strikt gegen die Unterstützung der Islamisten der Hamas und des zionistischen Staates Israel. Die wirkliche Lösung besteht darin, die sozialistischen Kräfte sowohl innerhalb Palästinas als auch in Israel auf der Grundlage eines echten Internationalismus zu vereinen, im Kampf gegen den religiösen Chauvinismus und gegen die nationale Bourgeoisie sowie ihre ausländischen Partner.

Wenn der Leser, der den aktuellen Kampf des palästinensischen Volkes unter der Führung der Hamas unterstützt, immer noch nicht von unseren

Argumenten über die Falschheit einer solchen Position überzeugt ist, schlagen wir vor, sich der historischen Erfahrung unseres Landes, der Ukraine, zuzuwenden. Im 20. Jahrhundert waren die Westukraine und das westliche Weißrussland bis 1939 infolge des polnisch-sowjetischen Krieges von Polen besetzt. Trotz der Vereinbarungen des Friedens von Riga, wonach die Ukrainer und Weißrussen auf dem Gebiet Polens alle nationalen Rechte genießen sollten, verfolgte die polnische Regierung eine Politik der Polonisierung, die der modernen Politik Israels sehr ähnlich ist. Scharfer Kampf gegen die ukrainische und weißrussische Kultur, polnische Siedler in den besetzten Gebieten mit besonderen Privilegien, Konzentrationslager wie Bereza-Kartuzskaja - die ganze Palette. Dies führte zum massenhaften Auftreten ukrainischer Nationalisten auf dem Gebiet der Westukraine, die zunächst einzelne Polen töteten und während des Zweiten Weltkriegs das Massaker von Wolhynien organisierten - brutalste Morde an Polen mit der Zerstörung ganzer polnischer Siedlungen. Hatte die ukrainische Arbeiterklasse irgendeinen Nutzen von diesen Aktionen? Nein, die ukrainischen Nationalisten haben nur dem ukrainischen Arbeiter geschadet, und nicht weniger als dem polnischen Arbeiter. Für die Marxisten, die heute die Hamas unterstützen, auch wenn sie "kritisch" sind, stellt sich die Frage: Hätten Sie die ukrainischen Nationalisten unterstützt, wenn Sie in den dreißiger Jahren des XX Jahrhunderts in Lviv gewesen wären?

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Methode, historische Analogien zu ziehen, keine universelle Methode sein kann. Aber in dieser Situation wurde die historische Einseitigkeit in ihrer konkreten Qualität genommen, nämlich um die Tatsache auszudrücken, dass nicht jeder formal nationale Befreiungskampf fortschrittlich ist, d.h. nationale Befreiung in seinem Wesen; dass man immer die Interessen der einen oder anderen Klasse suchen muss, denn nur der Klassenkampf ist letztlich gerecht. Die nationale Befreiung ist nur insofern fortschrittlich, als sie nationale Widersprüche auflöst und den Weg für die freie Entfaltung von Klassenwidersprüchen öffnet. Islamismus und Antisemitismus, wie sie die Hamas vorschlägt, lösen die nationale Frage in der Levante nicht nur nicht, sondern verschärfen sie nur. Jüdischer Chauvinismus ist schrecklich, aber wie kann arabischer Chauvinismus besser sein?

Viele der oben genannten Thesen sind mehr oder weniger auch auf den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland anwendbar. Nur durch die Stärkung der internationalen Solidarität werden die Arbeitnehmer aller Länder und Völker diese schwierige Phase der Zivilisationsgeschichte überwinden können. Auch wenn wir nicht alles auf einmal tun können, so liegt es doch in der Macht eines jeden, der lernen will - vor allem denken und sich organisieren lernen. Ersteres ist notwendig, um nicht nur zu verstehen, was in der Welt geschieht, sondern auch, wie man sie verändern kann. Letzteres ist eine Voraussetzung für die Verwirklichung des Wandels.

Was das künftige Schicksal des Konflikts zwischen der Hamas und Israel angeht, so ist zweifellos alles unklar. Wir sollten nicht nur an das Beste glauben und die Möglichkeit ausschließen, dass sich die Ereignisse entsprechend dem Szenario entwickeln, in dem diese Region zu einem weiteren Schlachtfeld des innerarabischen Konflikts wird, oder vielmehr zu einem Konflikt zwischen verschiedenen Gruppen des nationalen Kapitals. Wir haben dies bereits am Beispiel des Bürgerkriegs im Jemen gesehen, wo die Interessen Saudi-Arabiens und des Irans klar zum Ausdruck kommen. Formal handelt es sich um einen Bürgerkrieg, der seit 9 Jahren andauert und in dessen Verlauf nach verschiedenen Schätzungen bis zu 100.000 Menschen ums Leben gekommen sind, davon 10-15% Zivilisten. Der Krieg im Jemen unterstreicht nur einmal mehr, dass der gegenwärtige palästinensisch-israelische Konflikt nicht durch die natürliche Natur der Araber oder der Juden ausgelöst wird, sondern durch die ganz konkreten Interessen des Kapitals in einem gefährlichen Spiel, das globale Ausmaße annehmen kann. Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich auf die Besorgnis der ukrainischen Patrioten über die militärische und humanitäre Unterstützung Israels durch die Vereinigten Staaten und die EU hinweisen. Wenn sich der Konflikt in die Länge zieht, könnte die Ukraine langfristig tatsächlich gezwungen sein, ein Friedensabkommen zu Bedingungen zu schließen, die für unsere politische Führung ungünstig sind. Eine solche Situation würde die Ukraine in eine politische Krise stürzen. Eine mögliche Verlängerung des Konflikts spielt der politischen Führung der Russischen Föderation in die Hände. Wir möchten jedoch noch einmal darauf hinweisen, dass imperialistische Kriege nicht von Nationen und nicht für die Idee der Befreiung einer Nation oder der nationalen Vorherrschaft begonnen werden. Außerdem werden Kriege nicht aus einer Laune heraus von Einzelpersonen

oder Gruppen von Einzelpersonen angezettelt, sondern sie werden immer für die Interessen einer bestimmten Klasse geführt, in unserer Zeit für die Interessen verschiedener Fraktionen des Monopolkapitals. Wie im Falle des russisch-ukrainischen Krieges, so ist auch im Falle des Krieges zwischen Israel und der Hamas der Krieg zwischen Israel-Ukraine-EU-USA und Iran-RF-PRC. Und wer zum Völkermord an der arabischen, jüdischen oder russischen, ukrainischen Bevölkerung aufruft, um den Krieg zu seinem eigenen Besten so schnell wie möglich zu beenden, der darf sich nicht wundern, wenn es das nächste Mal an seiner Tür klopft und er zwei Blitze auf dem Helm hat. Jedem das Seine, so stand es an den Toren von Buchenwald geschrieben.

Der Wunsch nach Frieden, Leben und Freiheit ist allen Völkern angeboren, aber nicht alle können sein Wesen von den leeren Versprechungen und Parolen der Parteien des Kapitals unterscheiden, hinter deren Worten sich nur das Interesse an maximalem Profit zu minimalen Kosten verbirgt. Zu diesem Zweck sind seit mehr als hundert Jahren überall auf der Welt imperialistische Kriege, auch Weltkriege, ausgebrochen. Wir haben keinen Zweifel, dass die Menschheit noch einen dritten imperialistischen Weltkrieg erleben wird. Die Frage ist nur, ob sie ihn überleben kann und trotzdem Menschheit bleibt. Alles hängt von der Kraft und dem Mut der internationalen Arbeiterbewegung ab, also bleibt nicht gleichgültig gegenüber den Problemen im Ausland.

Peter Hacks über die Konterrevolution

KPD-Leipzig: Beitrag beim Kulturabend der Regionalorganisation Leipzig der KPD

Der Beitrag wurde auf dem Kulturabend der RO Leipzig und Umgebung der KPD, am 10.08.2023 gehalten. Wir dokumentieren ihn im Original-Transkript.

Appell¹

Weil ihr arm seid, müßt ihr spenden.
Die ihr unter Brücken gammelt,
Die ihr lehnt an Bahnhofswänden,

Gebt die letzte Mark, Gesammelt
Wird für eine Guillotine,
Also eine Köpfmaschine.
(Übrigens zu wünschen wär
Auch ein neuer Robespierre).

Erstmals zeigte der Erfinder,
Daß er Frankreichs Lob erziele,
Seinen Köpfehobel in der
Place de l'Hotel de Ville.
Später noch weit schönre Morde
Bot die Place de la Concorde,
Deutschland hat nun zum Ersatz
Leergeräumt den Leninplatz.
Eine Plattform steht von Planken,
Draus zwei Pfosten seitlich ragen,
Die, geschmückt mit Eichenranken,
Das geschärfte Eisen tragen.
Bald aus einem fernen Knarren
Bildet sich ein Zug von Karren.
Krause rollt und de Maizière
Vorne vor dem Zuge her.

Böhme, Thierse, Schnur und Stolpe,
Gysi, Modrow, Wolf und dann
Poppe, Barbe, Klier und Bohley,
Schröder, Ull- und Eppelmann,
Die Gebrüder Brie und, ärger,
Eheleute Wollenberger,
Alle lassen ihren Kopf
Fallen in den Auffangtopf.

Großer Beifall, Sehet fruchten,
Lieben Bettler, eure Spende.
Mögt nun das Jahrtausend wuchten
Kraftvoll im Genuß der Wende.
Auch die Kinder, schwatzend, hüpfend,
Tücher über Blusen knüpfend,

Sind mit ihrem Pionier-
leiter zum Vergnügen hier.

1. Wer schreibt sowas? – Peter Hacks aus Nazistan²

Peter Hacks wurde am 21.03.1928 in Breslau geboren.

"1945 machte Hacks ein Notabitur an der Herzog-Heinrich-Oberschule in Breslau. Anschließend flüchtete er mit einigen Freunden in das 130 Kilometer westlich gelegene Schosdorf, wo Hacks von SS-Soldaten aufgegriffen und zum Reichsarbeitsdienst überstellt wurde.

Am 6. Mai 1945 wurde Hacks im tschechischen Marienbad von US-amerikanischen Soldaten in Kriegsgefangenschaft genommen. Bereits am 20. Juni wurde er wieder entlassen und ging nach Wuppertal, wo er am 1. Oktober 1945 in einem Sonderlehrgang der Carl-Duisberg-Oberschule aufgenommen wurde.

Im April 1946 machte er sein Abitur in Wuppertal und siedelte zur Familie nach Dachau über. Ab dem Wintersemester 1946 studierte Hacks Literatur- und Theaterwissenschaft (Hauptfach) sowie Soziologie und Philosophie (Nebenfächer) in München.

1951 schrieb er seine Dissertation und promovierte im September zum Dr. phil. [doctor philosophiae]. Anschließend begann er als Kinderautor für den Rundfunk zu arbeiten. Im Oktober 1951 stellte sich ein erster Kontakt zu Bertolt Brecht ein."³

Ende Oktober 1951 schrieb Hacks an Brecht: *„Ergo laborieren wir, wie alle marxistischen Intellektuellen ohnehin, an dem Problem, in die Ostzone zu gehen, und natürlich können wir uns, ohne Möglichkeiten, die Sache selbst zu übersehen, nicht recht entschließen. Mögen Sie uns nicht raten?“⁴*

Bereits 1947 haderte Hacks mit dem Versuch *„hier in Nazistan Demokraten anzusiedeln“⁵*. Hacks trug sich also mit der Absicht, in die DDR umzuziehen.

"Brecht reagierte ausweichend. Seine salomonische Antwort lautete: „Gute Leute sind überall gut (und können überall besser werden)“.⁶

Ostern 1954 besuchte Hacks Bertolt Brecht in Berlin. Kurz darauf bewarb er sich mit dem Stück *„Eröffnung des indischen Zeitalters“* bei einem

Nachwuchsdramatikerwettbewerb der Stadt München und gewann den ersten Preis. Am Ende des Jahres 1954 unterzeichnete Hacks einen Vertrag mit dem Münchner Drei Masken Verlag über die Vertretung seiner Stücke im Westen.⁷

Im Juli 1955 siedelte Hacks mit seiner Frau in die DDR um, wo Hacks ein Stipendium der Akademie der Künste erhielt. *„Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum nicht alle in die DDR wollen.“*⁸, so Hacks in einem Fernsehinterview von 1957.

Später schreibt Hacks über den Umzug in die DDR: *„Hacks, der damals noch ein hoffnungsvoller Mensch von wenig Taten war, schrieb an Brecht, den er über alles verehrte und erkundigte sich, ob der ihm empföhe, seinen Wohnsitz aus München in die DDR zu verlegen. Brecht riet ihm dringend davon ab, und Hacks begab sich in die DDR. Es war dies das erste Mal, sagt Hacks, daß ich mehr Verstand zeigte als Brecht.“*⁹

*„Das Ehepaar zog in den Stadtteil Prenzlauer Berg. Er wurde Mitglied des Schriftstellerverbands und trat auf Einladung dem Redaktionsbeirat von „Theater der Zeit“ bei und schloß einen Autorenvertrag mit dem Aufbau Verlag ab.“*¹⁰

*„Kurzum: Hacks wurde in der DDR Dramatiker, Lyriker, Essayist und Kinderbuchautor und gehörte zu den vielseitigsten und erfolgreichsten Dramatikern der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur. Er begann mit an Brecht anknüpfenden Historien, in denen unterhaltend und auf komische Weise Mechanismen der Klassengesellschaft vorgeführt wurden. Nach den seinerzeit umstrittenen Gegenwartsstücken „Die Sorgen und die Macht“ und „Moritz Tassow“, wandte er sich der Bearbeitung und Neugestaltung von Stoffen aus der Mythologie, Literatur und Geschichte zu. Deren geistvoll-ironischen, zuweilen sarkastischen Dialoge zeugen von souveränem Umgang mit der Sprache und dem Vers. Diese Texte haben den Widerspruch zwischen Ideal und unvollkommener Realität zum Thema. Eng mit seinem dramatischen Schaffen sind Hacks Essays über literarische, dramaturgische und literaturgeschichtliche Probleme verbunden.“*¹¹

1997 wurde Hacks gefragt, ob er auch heute, unter denselben politischen Bedingungen, in die DDR übersiedelt wäre.

Hacks antwortete: *„Ja, natürlich. Die Emigration in die DDR hat mir zu einem großen, inspirierten Oeuvre und zu 35 vergnügten Jahren verholfen. Man kann im Kapitalismus kein Dichter werden.“*¹²

1975 lautete in *„Auskünfte über Amerika“* sein Bescheid ähnlich. Nämlich, *„daß die vom Kapitalismus erzeugten Schwierigkeiten, Kunst zu machen, in der DDR nicht auftreten. Eine solche Schwierigkeit beispielsweise ist die Schwierigkeit, in der bürgerlichen Umwelt Neues zu sagen. Im Imperialismus gibt es keine Neuigkeiten; er ist ästhetisch erledigt; was über ihn zu sagen geht, ist gesagt.“*¹³

„Die Kunst“, fährt er 1997 fort, *„hatte die Bedeutung, die Kunst in einem Kulturstaat einmal hat: sie befestigte im Publikum die Ansichten, die die Regierung befestigt sehen wollte, und bewirkt hat sie vornehmlich das, daß die Nation der DDR eine hochgebildete war.“*¹⁴

Folglich meinte Hacks 2000 in einem Brief an Steiniger: *„[...] wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?“*¹⁵

In einem Notat aus dem Jahr 1990 kann man lesen. *„Die DDR war nicht vollkommen. Sie tat unter Ulbricht das Menschenmögliche, unter Honecker nicht einmal das. Aber das (bei allem Tadel): keine einzige Stelle, wo mir nur verdachtsweise eingefallen wäre, ein anderes Land käme überhaupt in Frage und in Vergleich.“*¹⁶

Peter Hacks verstarb am 28.08.2003 bei Groß Machnow.

Widmen wir uns einigen Köpfehobelkandidaten.

2. Gregor Gysi - „Brzezińskis Abteilungsleiter in Deutschland“¹⁷

Gregor Gysi wurde am 16. Januar 1948 in Berlin geboren.

*„Auf dem letzten Parteitag der SED im Dezember 1989 wurde der Tagungsleiter, der bis dahin wenig bekannte Rechtsanwalt Gysi zum neuen Parteivorsitzenden der umgenannten SED/ PDS gewählt.“*¹⁸
„Ausschlaggebend dafür waren neben seinen rhetorischen Fähigkeiten vor allem sein konsequentes Auftreten gegen eine Auflösung und Neugründung der SED aus besitzrechtlich-finanziellen Erwägungen. Angenommen hat der Anti-Funktionär dieses Amt nur unter der Bedingung, daß der Apparat-Kundige Berghofer sein Stellvertreter würde. Berghofer war für Gysi einer

der ersten Reinfälle. Nach drei Jahren war deren Zahl so gewachsen, daß er im Januar 1993 sein Amt abgab, aber Fraktionsvorsitzender der PDS im Bundestag blieb.^{“19} „Die SED konstituiert sich also als eurorevisionistische Partei. Sie möchte in Zukunft so schön und unbeschwert leben wie ehemals die DKP – freilich hat sie keinen Schalck mehr, der ihr den Monatsscheck bringt.“²⁰ kommentierte Hacks in einem Brief vom 13.12.1989 an seinen Freund André Müller senior den ersten Tag des zweitägigen Sonder-Parteitag.

Müllers und Hacks Urteil über die damalige DKP: „Die Erneuerer, die kleinbürgerlichen Aufrihrer von 1967/ 68, die nach dem Zusammenbruch ihrer Bestrebungen nicht Versicherungsagenten, Werbefachleute, Unternehmensberater und ähnliches wurden, sondern in die DKP eintraten, erreichten in ihr erstaunlich schnell wichtige Ämter, darunter viele hauptamtliche, also bezahlte.“²¹ „Sie wurden, nach ultralinken Anfängen, samt und sonders Gorbatschowisten, Erneuerer eben. Sie bildeten und unterstützten im Parteivorstand die Opposition gegen die Mies/ Honecker-Linie; sie hofften, dort die Mehrheit zu erhalten und somit über die Mittel verfügen zu können, welche die DKP nach dem Solidaritätsprinzip – reiche kommunistische Parteien unterstützen arme – von der SED erhielt.“²² „Als Gregor Gysi diese Zahlungen einstellte und die DKP bankerott war, verließen die Erneuerer die Partei und warfen als revolutionären Akt ihre Mitgliedsbücher in bereitgestellte Behältnisse.“²³

Hacks über die gewendete SED/ PDS: „Von der Partei gilt, was von den Parteien der II. Internationale gegolten hat, und über Gysi ist kein Wort zu verlieren, das Lenin nicht über Kautsky schon gesagt hätte. Was mich an den Lakaien des Imperialismus allein wundert, ist, daß sie ohne Bezahlung dienen. Hat Bernstein je eine Villa geschenkt bekommen? Oder Plechanow einen Cadillac? Gysi hat von dem ganzen Verrat keinen Gewinn als Nachschweiß und einen fürs Leben zerbrochenen Kreislauf.“²⁴

In Notaten aus den Jahren 1989, 1990 und 1991 macht sich Hacks Gedanken über Altlasten. Zu den Neulasten zählt er Bisky, Gysi und Brie. Und fragt: „[...] Wer reinigt die Partei Von ihnen?“²⁵

„Die SED also, die sich, um die Kommunisten zu entschärfen, nicht auflösen wird, wird zu spalten sein. Eine KPD wird sich in ein oder zwei Jahren bilden, und an unseren Gräbern wird schon wieder die erste

Schalmaienkapelle blasen.“²⁶, so Hacks in einem Brief vom 3.2.1990 an André Müller sen.

Hacks an anderer Stelle: „*Natürlich kann keiner den Imperialismus hindern, über einen Kiesel zu stolpern und sich den Hals zu brechen. Andererseits, solange um mich herum die Anführer des Weltproletariats Gysi, Stehr, Baier, Hue oder D‘ Alema heißen, kann der Imperialismus die Hälfte aller Arbeiter in die Arbeitslosigkeit schicken und die Hälfte aller Arbeitslosen in die Obdachlosigkeit und dabei nachts sorglos schlafen wie eine junge Katze.*“²⁷

„*Was meine ich mit der numerischen Minderheit der Konterrevolutionäre?*“ fragt Hacks am 11.02.2001 in einem Brief an Gossweiler. „*Nun eben das, daß sie keine Mitglieder hatte. Sie bestand ganz allein aus Egon Krenz. Sie werden in zwei Wochen ein Werk von Egon Krenz [Herbst '89], bearbeitet von mir, lesen, aus welchem das klar hervorgeht. Selbst Gysi, Wolf, Modrow waren politische Nonentitäten [Eine Entität beschreibt das Wesen bzw. die Identität eines konkreten oder abstrakten Gegenstand des Seins.], bis Krenz den Generalsekretär, das Politbureau, das ZK und die Bezirksleitungen der SED aufgelöst hatte. Danach bedurfte die Konterrevolution keiner Konterrevolutionäre mehr. Hiermit war sie gesetzt und gegeben. Mit dem Außerordentlichen Parteitag wurde dann noch die SED aufgelöst, was aber nur noch eine Formalie war.*“²⁸

Am 03.03.2003 konstatierte Hacks in einem Brief an Gossweiler: „*Das PDS-Carcinom hat sein Rezidiv [Ein Rezidiv ist das Wiederauftreten einer Krankheit oder psychischen Störung. Typischerweise passiert dies nach einer Behandlung, die zeitweilig erfolgreich war, oder nach spontaner Remission.] verblüffend schnell wieder auf die Beine gebracht. [...] Gysi ist endgültig aus der Partei in die Wirtschaft oder den Rummel abgewandert [...] und: Eine Erfahrung bleibt, die, daß ein Parteitag einen Vorstand stürzen kann (und nur beim nächsten Mal nicht vergessen darf, ihn gleich zu köpfen).*“²⁹

(Das eingangs zitierte Gedicht „Appell“ erschien im November 1998 in „konkret“.)

3. Hans Modrow

„*Mit 17 Jahren wurde der 1928 im vorpommerschen Jasenitz geborene Modrow zum „Volkssturm“ geholt und kam in sowjetische*

Kriegsgefangenschaft. Als er 1949 zurückkehrte, war seine Familie im Westen. Er blieb in der DDR, ging sogar noch einmal in die SU, um dort einen Einjahreslehrgang an der Komsomolschule zu absolvieren. Seitdem arbeitete er als politischer Funktionär zunächst in der FDJ, später der SED Berlin. [...] Extern legte er an der SED-Parteihochschule die Prüfung als Diplomgesellschaftswissenschaftler ab, erwarb an der Hochschule für Ökonomie ein Diplom als Ökonom und promovierte schließlich 1966 an der Humboldt Universität zum Dr. rer. oec. (doctor rerum oeconomicarum). Trotz dieser Bildung und seiner Westeltern wurde er 1967 Mitglied des ZK der SED und übernahm 1973 die Bezirksleitung der SED Dresden.³⁰ „Seine immer realistischer werdenden Berichte aus Dresden (dem Bezirk mit den meisten Ausreiseträgern) führten im Frühjahr 1989 dazu, daß eine zentrale Kontrollkommission unter Günter Mittag bei einem Lokaltermin in Dresden „grobe Mängel in der politischen Massenarbeit“ feststellte. Im Oktober 1989 verlegte Modrow seinen Arbeitsplatz auf die Straße und installierte die ersten Runden Tische in Dresden.“³¹

Im September 1989 (am 28.09.1989) meint Hacks zu Müller, daß *„Unter den Neuigkeiten die amüsanteste ist, daß Herr Modrow und der Spion Wolf eine Parteiopposition gegründet haben. Wie ich stark vermute, im Auftrag der Partei: Honecker will seine Jelzine auch.“*³² Ende Oktober konstatiert Hacks: *„Modrow und der Spion Wolf gehören offenbar wirklich der Weltbank. Das Fernsehen und das ND auch.“*³³

In Hacks Nachlaß findet sich eine Analyse vom 13.10.1989: *„Die General-attacke des Weltimperialismus und des Gorbatschowismus auf die DDR war – außen – bis zum Einsatz der letzten Reserve organisiert. Aber innerhalb der DDR hatte sie keine Organisation, nur eine Stimmung. Die SED organisierte diese Stimmung. Und zwar mit ihren Leuten. Wekwerth (Kohlhaase, Schnabel) die Künstler. Modrow und der Spion Wolf Teile des Parteiapparats. Die Chefs der Blockparteien diese. (Und zu all dem die Honeckersche Kirche voll arbeitend). Das Neue Forum wird nicht verboten, mit ihm wird verhandelt.“*³⁴

„Nach dem Sturz Honeckers und seiner engsten Vertrauten wurde Modrow Mitglied des Politbüros der SED und nach der Grenzöffnung zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Die Modrow-Regierung versuchte gemeinsam mit den anderen Parteien und den Mitgliedern des `Zentralen

Runden Tisches´ eine sinnvolle allmähliche Angleichung der DDR an die BRD-Verhältnisse über den Weg einer Konföderation.“³⁵

Hacks erinnert in drei Couplets von 1990, die einem Brief vom 05.01.2002 an Gossweiler beigelegt waren, daran, „*daß nicht nur in der Staatssicherheit, sondern auch im ZK-Sekretariat die Konterrevolution ihre Kommandostelle innehatte.*“³⁶

Ein Couplet

Modrow³⁷

Er will den Sozialismus, schwört der Mann.
Ich frage, warum stürzt er ihn dann?

Die Antwort weiß der Wind sowie:
Das KGB (samt Lutsch), die CIA,
Das MfS, oft auch der BND:

Zusatz
Natürlich eine Menge Peilungen
Entfiel auf die ZK-Abteilung

Gossweiler widerspricht Hacks Einschätzung hinsichtlich „*Gysi, Wolf, Modrow waren politische Nonentitäten*“: „*Krenz war zwar einer, der sich von Gorbatschow hat täuschen lassen und auf ihn setzte, aber er war kein Modrow. Eine ganz so unbedeutende Nonentität [Eine Entität beschreibt das Wesen bzw. die Identität eines konkreten oder abstrakten Gegenstand des Seins.] war der Modrow kaum; immerhin stand er schon seit Jahren in auffälligem Einvernehmen mit der SPD-Führung und war offenkundig deren Hoffnungsträger.*“³⁸

Hacks klang in seinen Notaten von 1989, 90 und 91 so: „*Wer immer 1989 Honecker gestürzt hat, er hat es in unmittelbarer Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Klassenfeind getan – auch Modrow. Jeder Staatsstreichler war zugleich ein Verräter.*“³⁹

4. Markus Wolf

„*Wolf ist der Sohn des Dramatikers Friedrich Wolf und erblickte das Licht von Hechingen [süd-württembergische Kleinstadt] 1923. Nach der*

Machtübernahme der Nazis emigrierte die Familie Wolf in die Schweiz, nach Frankreich und schließlich in die Sowjetunion. Dort besuchte Wolf die Liebknecht-Emigrantenschule, studierte danach erfolglos Flugzeugbau und ließ sich anschließend auf der Kominternschule politisch bilden.“⁴⁰ „1945 kehrte er nach Deutschland zurück, arbeitete bis 1949 beim Rundfunk u.a. als Berichterstatter der Nürnberger Prozesse. Nach der Gründung der DDR brauchte man Diplomaten, und so wurde Wolf als Erster Botschaftsrat nach Moskau geschickt. 1951 begann in der DDR der Aufbau eines eigenen Sicherheitsapparates; Wolf wurde für den Auslandsteil engagiert. Seit November 1955 war er 31 Jahre lang Leiter der Auslandsaufklärung des MfS, neben dem israelischen einer der erfolgreichsten Geheimdienste des Jahrhunderts.“⁴¹

„1986 quittierte Wolf den Dienst, die nicht mehr abwendbare Niederlage des Sozialismus vor Augen. Er begründete seinen Abgang mit beabsichtigter schriftstellerischer Tätigkeit.“⁴²

Gabriele Gast, unsere Kundschafterin im BND, schreibt diesbezüglich: „Es waren die dramatischen Entwicklungen im Privatleben Wolfs, die einen raschen Führungswechsel in der HVA erzwungen hatten. Mit dem Austragen seiner Eheprobleme in aller Öffentlichkeit, was ihn nicht nur in die Optik des BND gebracht hatte, sondern diesem auch eine klassische Anbahnungsmöglichkeit eröffnete, war der HVA-Chef schlagartig zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Deshalb hatte Mielke es plötzlich furchtbar eilig, dem Wunsch Wolfs nach Pensionierung nachzukommen. [...] Unabhängig davon, wie Mielke persönlich zu Wolf stand: Er empfand Hochachtung vor dessen Leistung und wollte ihn nicht verlieren, schon gar nicht in einer Zeit zunehmender innen- und außenpolitischer Schwierigkeiten, die den Bedarf der DDR-Führung an zuverlässigen Informationen rapide steigerten.“⁴³

Im November 1992 gab es ein Gesprächsformat zwischen dem österreichischen Theatermann Frank Tichy und Peter Hacks. Tichy fragte Hacks, woran der Staat DDR gescheitert ist. Hacks antwortete: „Der Staat ist nicht gescheitert, der Staat ist durch eine Übereinkunft zwischen Moskau und Washington abgeschafft worden. [...] Es waren zwei große Operationen: Auf der einen Seite vom KGB, dem ja große Teile der Staatssicherheit gehörten, und auf der anderen Seite von der CIA, der große Teile des BND gehören. [...] Die KGB-Seite ist leichter zu verstehen, weil die Staatssicherheit dem

KGB formell unterstellt war, immer. Und sie hatte immer einen Flügel, der direkt der KGB-Flügel war, und Markus Wolf ist also der große Vertreter davon [...]“⁴⁴ „Es gab in der DDR keine einzige Klasse, die den Staat abschaffen wollte: Die Arbeiter wollten es nicht, die Bauern wollten es schon überhaupt nicht, und die technische Intelligenz dachte nicht daran. Sondern was sich auf den Straßen versammelte, war Lumpenkleinbürgertum, also Bohème. Und von diesen Leuten gehörte mindestens jeder Dritte zur Stasi, gehörte mindestens jeder zweite Dritte einem westlichen Geheimdienst an, und der dritte Dritte war möglicherweise parteilos, wahrscheinlicher ist, daß er Doppelagent war.“⁴⁵

Hacks Einschätzungen will ich nicht bewerten. Wem all das zuvor Genannte drollig vorkommt, der möge selbst weiterlesen und tiefer.

Zu Hacks Einstellung zur Bohème, um Widersprüche und Spannungen zu beleuchten, jedoch kurz das: 1990 erscheint Volker Brauns Gedicht „Das Eigentum“.

Das Eigentum

Da bin ich noch: mein Land geht in den Westen.
KRIEG DEN HÜTTEN FRIEDE DEN PALÄSTEN.
Ich selber habe ihm den Tritt versetzt.
Es wirft sich weg und seine magre Zierde.
Dem Winter folgt der Sommer der Begierde.
Und ich kann bleiben wo der Pfeffer wächst.
Und unverständlich wird mein ganzer Text
Was ich niemals besaß wird mir entrissen.
Was ich nicht lebte, werd ich ewig missen.
Die Hoffnung lag im Weg wie eine Falle.
Mein Eigentum, jetzt habt ihrs auf der Kralle.
Wann sag ich wieder mein und meine alle.

Hacks sagt im September 1990 zu seinem Freund André Müller sen.: *„Ich finde es erstaunlich, daß Volker Braun sich so geäußert hat. Tatsächlich haben aber fast alle Künstler in der entscheidenden Sitzung der Akademie der Künste, faktisch bis auf einen, und bei den Theaterleuten bis auf drei, für die Konterrevolution gestimmt.“⁴⁶*

Hacks spricht davon, daß die Akademie der Künste vorhat, die Mitglieder neu zu wählen und er sah darin nichts anderes als den Versuch einer politischen Säuberung. Im Juli 1990 wurde das Präsidium neu gewählt. Hacks dazu: *„Der schon irrsinnig geborene Müller hat die erlangte Macht über die Akademie für folgende Pläne genutzt: Biermann aufzunehmen, die Dekadenz zur obrigkeitlich verfügbaren Verfassungsästhetik zu erklären und das besagte Institut von den Kommunisten zu säubern.“*⁴⁷

Die beabsichtigte Neuwahl der Mitglieder ist für ihn der Anlaß, Ende 1991 aus der Akademie auszutreten.

All die zuvor genannten Köpfebelkandidaten tauchen bei Hacks bereits vor 1990 und später im Zusammenhang mit „Lutsch“ auf. Darauf will ich noch kurz eingehen.

5. Lutsch

Ein 1993 beim Piper-Verlag erschienenenes Buch – „Das Komplott“ – berichtet: *„Im Frühjahr 1992 - inzwischen war nicht nur die DDR, sondern auch die Sowjetunion untergegangen - informierte das Bundesamt für Verfassungsschutz eine kleine Zahl ausgewählter Verantwortungsträger der Bundesrepublik über eine geheime KGB-Struktur in Deutschland. In dem streng geheimen Papier heißt es, dass außerhalb der bekannten KGB-Residentur in Karlshorst, dem für die Aufklärung der Bundesrepublik zuständigen "Führungskopf", dem sogenannten "Berliner Apparat", eine weitere geheime KGB-Residentur existiere, die sogenannte Gruppe "Luch" [!] (russisch für Strahl).“*⁴⁸

*„Während die "normalen" Vertretungen des KGB wegen der historischen Entwicklung und wegen der überwiegend identischen Aufklärungsschwerpunkte eng mit dem MfS zusammen gearbeitet hätten, sei die Gruppe "Lutsch" ein völlig abgeschotteter Bereich gewesen, der keinerlei Arbeitskontakte zum MfS der ehemaligen DDR unterhalten habe. Auch innerhalb des KGB sei die Gruppe "Lutsch" einer besonderen Geheimhaltung unterworfen.“*⁴⁹

„Die Einrichtung dieser Gruppe war im Zuge der wachsenden Emanzipationsbestrebungen des MfS gegenüber dem "Ziehvater KGB" und den damit auch verbundenen Zweifeln an der unbedingten Loyalität der DDR-

Führungskader als notwendig erachtet worden. (...) Seit Mitte der 80er Jahre hatte die Gruppe "Lutsch" den Auftrag, Bürger der ehemaligen DDR in Leitungsfunktionen von Wissenschaft, Technik und Politik zur Zusammenarbeit mit dem KGB zu verpflichten, um auf diese Weise gesellschaftlich relevante Prozesse beeinflussen zu können.⁵⁰ „Mit anderen Worten: Die Gruppe hatte die Aufgabe, in der DDR die Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild zu betreiben bzw. zu unterstützen. Ihre Stoßrichtung mußte demnach auf die orthodox-kommunistische Führung um Honecker zielen.“⁵¹

"Bei den von »Lutsch« rekrutierten Personenkreisen soll es sich, der Analyse des Verfassungsschutzes zufolge, neben Kadern aus der Staatsführung um Entscheidungsträger der FDJ, aus Bildungseinrichtungen und Handelsorganisationen, aber auch aus den Reihen der Kirche gehandelt haben. In den Jahren 1988/ 1989 sei die Arbeitsweise von »Lutsch« modifiziert worden.“⁵²

Hacks schreibt am 22. Oktober 2000 über dieses Buch an seinen Brieffreund André Thiele: *"Es ist das einzige Werk über das einzige Subjekt der Konterrevolution in der DDR, verfaßt vom BND, der mit seiner Kenntnis über seinen hiesigen Konkurrenten und Mitarbeiter die Bürgerrechtler ärgern wollte, die damals den Anspruch erhoben, es hätten auch ostdeutsche Personen in Ostdeutschland mitzureden. Inzwischen bereut der BND, eingestanden zu haben, daß die Russen die Konterrevolution besorgten.*

Mir ist das Buch zwei Mal verlorengegangen oder entwendet worden. Falls ich ihm noch wiederbegegne, zahle ich jede Summe; denn es ist ein Geheimdienst, der es versteckt, und er wird es gut verstecken.“⁵³

Noch einmal Hacks und abschließend: *„Die Konterrevolution von 1989 wurde von wenigstens zwei sowjetischen Geheimdiensten, auch wohl von denen unterstellten Kräften im Staatssicherheitsdienst der DDR ins Werk gesetzt. Nach außen hin einberufen wurde sie von Künstlern. Zur Einberufung der Konterrevolution bequerten sich Mitglieder der Akademie der Künste der DDR, des Deutschen Theaters Berlin, des Berliner Ensembles, ferner auch des Staatsschauspiels Dresden. Kein Arbeiter, kein Bauer und kein Wirtschaftsleiter beteiligte sich an der Abschaffung des SED-Staats, freilich eine größere Anzahl von Amtsinhabern der SED.*

Natürlich fiel etlichen auf, daß ein sehr ähnliches Unglück schon einmal sich angeschickt hatte stattzufinden. Der Lyriker Wolf Biermann ließ sich im November 1976 in die BRD schicken und ausbürgern. Einen Tag drauf hatte Stephan Hermlin zwölf Schriftsteller beisammen und wenige Tage drauf Manfred Krug eine Gruppe von Schauspielern, die gegen die Ausbürgerung Biermanns Einspruch erhoben. Westdeutsche Radios legten Listen auf, auf denen sich weitere Musensöhne und -töchter dem Einspruch anschlossen.

Die Regierung der DDR wünschte damals noch nicht zurückzutreten und stellte die Sache ab.“(54)

P.S.: Ein Bericht über den Verlauf der Kulturveranstaltung der Leipziger Genossinnen und Genossen ist zu finden im Zentralorgan unserer Partei, „Die Rote Fahne“, Ausgabe Oktober 2023.

Fußnoten

1. Peter Hacks: Diesem Vaterland nicht meine Knochen; Eulenspiegel Verlag 2008; Berlin; S. 10
2. Peter Hacks an Hansgeorg Michaelis; Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH; Berlin 2021; S. 453
3. Ronald Weber: Peter Hacks - Leben und Werk; Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH; Berlin 2018; S. 545
4. Peter Hacks: Verehrter Kollegen; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG, 2006; S. 8
5. Peter Hacks an Hansgeorg Michaelis; Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH; Berlin 2021; S. 45
6. Ronald Weber: Peter Hacks - Leben und Werk; Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH; Berlin 2018; S. 43
7. Ronald Weber: Peter Hacks - Leben und Werk; Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH; Berlin 2018; S. 546
8. Christel Berger: Als Magd im Dichter-Olymp, Band 2; Edition Schwarzdruck, Gransee 2013; S. 254
9. Pasiphaë: Was ist das hier?; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2003; S.7
10. Ronald Weber: Peter Hacks - Leben und Werk; Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH; Berlin 2018; S. 546
11. BI Schriftsteller Lexikon; VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1990; S. 243
12. Peter Hacks: 10 Antworten auf 10 Fragen; Peter-Hacks-Gesellschaft, Fundgrube
13. Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin; S. 118
14. Peter Hacks: 10 Antworten auf 10 Fragen; Peter-Hacks-Gesellschaft, Fundgrube

15. Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin; S. 341
16. Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin; S. 385
17. Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin; S. 95
18. Reinhold Andert: UNSERE BESTEN. Die VIPs der Wendezeit; ELEFANTEN PRESS 1993; Berlin; S. 47
19. ebenda
20. André Müller sen. - Peter Hacks: Nur daß wir ein bischen klärer sind; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2002; S. 68
21. André Müller sen. - Peter Hacks: Nur daß wir ein bischen klärer sind; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2002; S. 65
22. ebenda
23. ebenda
24. André Müller sen. - Peter Hacks: Nur daß wir ein bischen klärer sind; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2002; S. 79
25. Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin; S. 410
26. André Müller sen. - Peter Hacks: Nur daß wir ein bischen klärer sind; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2002; S. 79
27. Peter Hacks: Am Ende verstehen sie es; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2005; S. 62
28. Peter Hacks: Am Ende verstehen sie es; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2005; S. 165
29. Peter Hacks: Am Ende verstehen sie es; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2005; S. 195
30. Reinhold Andert: UNSERE BESTEN. Die VIPs der Wendezeit; ELEFANTEN PRESS 1993; Berlin; S. 71
31. ebenda
32. André Müller sen. - Peter Hacks: Nur daß wir ein bischen klärer sind; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2002; S. 42
33. André Müller sen. - Peter Hacks: Nur daß wir ein bischen klärer sind; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2002; S. 49
34. Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin; S. 381
35. Reinhold Andert: UNSERE BESTEN. Die VIPs der Wendezeit; ELEFANTEN PRESS 1993; Berlin; S. 71
36. Peter Hacks: Am Ende verstehen sie es; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2005; S. 180
37. Peter Hacks: Am Ende verstehen sie es; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2005; S. 181
38. Peter Hacks: Am Ende verstehen sie es; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2005; S. 171
39. Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin; S. 404

40. Reinhold Andert: UNSERE BESTEN. Die VIPs der Wendezeit; ELEFANTEN PRESS 1993; Berlin; S. 124
41. ebenda
42. ebenda
43. Gabriele Gast: Kundschafterin des Friedens. 17 Jahre Topspionin der DDR beim BND; BEBUG mbh/ edition berolina 2016, Berlin; S.346-347
44. Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin; S. 278
45. Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin; S. 284
46. André Müller sen.: Gespräche mit Hacks 1963 -2003; Eulenspiegel Verlag 2008; Berlin; S. 342
47. André Müller sen. - Peter Hacks: Nur daß wir ein bischen klärer sind; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2002; S. 113
48. Reuth, Bönnte: Das Komplott; R. Piper GmbH Co. KG 1993; München; 3. Auflage 1995; S. 210
49. ebenda
50. ebenda
51. ebenda
52. Reuth, Bönnte: Das Komplott; R. Piper GmbH Co. KG 1993; München; 3. Auflage 1995; S. 211
53. Der Briefwechsel zwischen Peter Hacks und André Thiele; Eulenspiegel Verlag 2012; Berlin; S. 258
54. Peter Hacks: Zur Romantik; Eulenspiegel Verlag 2008; Berlin; S. 96

Literaturverzeichnis

- Peter Hacks: Diesem Vaterland nicht meine Knochen; Eulenspiegel Verlag 2008; Berlin
- Peter Hacks an Hansgeorg Michaelis; Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH; Berlin 2021
- Christel Berger: Als Magd im Dichter-Olymp, Band 2; Edition Schwarzdruck, Gransee 2013
- Ronald Weber: Peter Hacks - Leben und Werk; Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH; Berlin 2018
- Peter Hacks: Verehrter Kollegen; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG, 2006
- Pasiphaë: Was ist das hier?; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2003
- BI Schriftsteller Lexikon; VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1990
- Peter Hacks: 10 Antworten auf 10 Fragen; Peter-Hacks-Gesellschaft, Fundgrube
- Peter Hacks: Marxistische Hinsichten; Eulenspiegel Verlag 2018; Berlin

Reinhold Andert: UNSERE BESTEN. Die VIPs der Wendezeit; ELEFANTEN PRESS 1993; Berlin

André Müller sen. - Peter Hacks: Nur daß wir ein bisschen klärer sind; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2002

Peter Hacks: Am Ende verstehen sie es; Eulenspiegel-Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG; 2005

André Müller sen.: Gespräche mit Hacks 1963 -2003; Eulenspiegel Verlag 2008; Berlin

Gabriele Gast: Kundschafterin des Friedens. 17 Jahre Topspionin der DDR beim BND; BEBUG mbh/ edition berolina 2016, Berlin

Reuth, Bönnte: Das Komplott; R. Piper GmbH Co. KG 1993; München; 3. Auflage 1995

Der Briefwechsel zwischen Peter Hacks und André Thiele; Eulenspiegel Verlag 2012

Peter Hacks: Zur Romantik; Eulenspiegel Verlag 2008; Berlin

Hermann Jacobs: Alle Perioden des Kommunismus Ein historischer Diskurs

Edition:

Die nachstehende Arbeit hatte ich in Heft 32 meiner Reihe „Beiträge zur Theorie von Gesellschaftsformationen“ (im April 2006) aufgenommen. Ich schrieb damals: „Dieser Beitrag ist der Frage der **Periodisierung** des Kommunismus gewidmet mit vielen neuen Ansätzen. Die Frage des **politischen Absolutismus ist nicht umgangen**. Dazu Antworten über die Dialektik von erster, zweiter und dritter Periode des Kommunismus. Dieser Beitrag ist als eine **Manifestation** gedacht. Er könnte den **Grundstein für eine Gegenauffassung** in unserem Verhältnis zum realen Sozialismus legen. Jedenfalls wird eine Gegenmeinung, will sie sich manifestieren, mehr oder weniger **in dieser Art vorgehen** müssen. Deshalb gilt dieser Beitrag auch als theoretische Anregung.“

An meiner damals geäußerten Meinung hat sich nichts geändert. Was ist aber *Gegenmeinung*? Es gibt mindestens zwei. Die eine besagt, der Sozialismus sei gescheitert, er sei gar keiner gewesen. Konsequenz: Er sei auch keiner

Theorie würdig. D.h. an die Ablehnung dieses Sozialismus knüpft eine ganz neue These/“Theorie“ an: die vom „transitorischen Kapitalismus“ (Rolf Reißig, Dieter Klein, die Rosa-Luxemburg-Stiftung insgesamt, Wolfgang Küttler, u.a.) an. - Die andere Gegenmeinung besagt, der/dieser Sozialismus sei historisch zu schnell gekommen oder zu schnell vorgegangen (in seinen Verhältnissen). Gemeint ist damit im Wesentlichen, dass er in der Frage der Warenproduktion, der Rolle des Wertgesetzes in einer ersten Periode des Sozialismus, gesündigt habe; er habe hier „abgeschafft/verletzt“, statt zu erhalten und auf neue Weise zu würdigen. Ökonomische Rechte (auf die Gesellschaft, insbesondere auf die Produktion) wurden zu schnell zentralisiert, oder überhaupt zentralisiert. Das sei aber falsch, verstoße auch gegen das Leistungsprinzip – das hier aber eine ökonomische Erweiterung erfährt, also eine marxische Grenze überschreitet (Theorie vom „richtigen historischen Zeitmaß“). Konsequenz hier: Es komme auf einen anderen Charakter einer Übergangsperiode – „aus dem Kapitalismus, in den ... ja, welchen Sozialismus nun? Überhaupt noch Sozialismus“ – an. Es erscheint *noch* ein Bekenntnis zum Sozialismus, soweit der politische Kampf für ihn gemeint ist, aber nicht mehr, soweit seine erste realisierte ökonomische Form gemeint ist (dies z.B. Position von Ingo Wagner.).

Meine damalige Arbeit könnte als eine Art Begründungsschrift gelten. D.h. sie ist eine An-sich-Auffassung. Was ist Kommunismus an sich, wie sieht sein historisches Werden – „wenn alles richtig abläuft“ - aus? – Die Arbeit ist noch unveröffentlicht.

Berlin, April 2013, Hermann Jacobs

Vorbemerkung

In der nachstehenden Arbeit befaße ich mich mit der Frage der Periodisierung beim Aufbau einer kommunistischen, d.h. auf Gemeineigentum an den sachlichen Bedingungen der Produktion beruhenden Gesellschaft. Etwas anderes ist Kommunismus nicht. Eine Periodisierung beim Aufbau einer solchen Gesellschaft ist aber notwendig, weil zu ihr aus ihrem gesellschaftlichen Gegenteil, einem privaten Eigentum an den sachlichen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion übergegangen werden muss.

Warum? Warum muss die Aufhebung des Kapitalismus in Perioden, Stufen der Aufhebung vorgenommen werden? Was zuerst, was danach, was zu guter Letzt? Der reale Kommunismus ist da reich in Antworten geworden. Den Hauptgrund sehe ich darin, dass uns im Kapitalismus die geschichtlich am höchsten entwickelte Form des Privateigentums entgegentritt, dass in ihr aber der Eigentumsgedanke trotz aller Höhe dennoch nicht die Bedingung einer Höchstentwicklung, eines vollkommenen Verhältnisses für den unter der Decke des Privateigentums abgelaufenen Prozess der Vergesellschaftung der Arbeit erfüllt. Denn das sind ja zwei Dinge: Einerseits Verhältnisentwicklung, andererseits Arbeitsentwicklung. Die Entwicklung des Charakters der Arbeit in gesellschaftlicher Hinsicht (d.h. in Hinsicht ihres Zusammenhangs, der gegenseitigen Ergänzung ihrer Teile zu einem Ganzen) ist schneller, rascher verlaufen als die der Vergesellschaftung oder auch Vereinheitlichung der Verhältnisse des Eigentums an der Arbeit. Es geht hier nicht um die Einheit den konkreten Formen der Arbeit nach, sondern um die Einheit dem Eigentum nach, d.h. dem selben Eigentümer nach. Jedes kapitalistische Land befindet sich auf dem Wege hin zu einem solchen Gesamteigentümer, aber keines hat ihn schon erreicht. So dass Kapitalismus in jedem Land noch einem Prozess der Vereinheitlichung dem Eigentümer nach unterliegt – und das kann, wenn es so im Kapitalismus weitergeht, noch ein Jahrtausende langer Prozess sein. Wenn er eben nicht durch eine Revolution der Arbeiter, die die Geduld verlieren ob der Wirren der kapitalistischen Geschichte, jäh unterbrochen, d.h. für beendet erklärt wird.

Dem unvollendet seienden Stand im Eigentum des Kapitalismus entspricht aber ein unvollendet seiender Stand der Leitung der gesellschaftlichen Arbeit. Unterbricht eine proletarische Revolution den Findungsprozess der kapitalistischen Eigentümer, so steht vor ihr die Aufgabe, den Prozess, der zur gesellschaftlichen Leitung der Arbeit führt, in ihre Regie zu nehmen und zu vollenden. Das sieht dann wie eine Periode des Kommunismus aus, ist aber nur die Vollendung eines Prozesses, der schon im Kapitalismus begonnen wird. Der Prozess der Leitung der Arbeit, bis zu ihrer höchsten Form geführt - der gesellschaftlichen Form der Leitung der Arbeit, ist an sich kein Prozess, der aus dem Eigentumsverhältnis entspringt, in diesem Fall also aus dem vollendeten, gemeinschaftlichen Eigentum, sondern aus dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit. Die Arbeit erfordert ein Gesamtverhalten, das nur ein solches ist, wenn es bis in deren einzelne

(konkrete) Teile abgestimmt ist. D.h. die eigentliche Ökonomie bewegt proportional (den besonderen Bewegungen der konkreten Arbeit, die insgesamt eine Einheit der Bewegung ausdrücken), nicht äquivalent (den Eigentummengen an abstrakter Arbeit, denen Eigentümer in den Eigentummengen ihrer Kapitale entsprechen).

Diesem Wechsel von der Aneignung der Arbeit ihrer abstrakten Seite der Arbeit zur Aneignung der Arbeit ihrer konkreten Bewegung nach entspricht eine „Periode“, d.h. es muss ein System der gesellschaftlichen Planung und Leitung der Arbeit aufgebaut werden – die eben der Kapitalismus noch nicht aufgebaut hat und u.U. auch nicht aufbauen kann. Also weil es diese Periode im Kapitalismus nicht gibt, hat sie der Kommunismus.

Die Aufhebung des Privateigentums selbst - wie auch das von Marx periodisierte Leistungsprinzip – ist selbst keine Periode des Kommunismus.

Wir müssen bereit sein – um unser geschichtlichen Verhältnis zum Kommunismus zu bewahren -, den vielen Kritikern bzw. Umwandlern des Kommunismus dem Begriff/Begreifen nach mit einem höheren Verständnis dessen, was Kommunismus wirklich ist, entgegen zu treten. Dazu eine Kommentierung entstandener Probleme bei der Frage, was ist Periodisierung des Kommunismus, was soll Periodisierung im Kommunismus, was gibt es für Probleme um diese Frage herum?

Heute wissen wir - das ist die Erfahrung und ich denke, dass es auch die wirkliche Lehre aus dem realen Sozialismus/Kommunismus ist -, dass es mindestens drei historisch zu markierende Stadien resp. Perioden gibt, über die die bürgerliche Geschichte oder Geschichte des Privateigentums durch eine Geschichte des Kommunismus abgelöst wird: 1. die politische Periode des Kommunismus - die reine Machtnahme über die Gesellschaft in all ihren Bereichen, 2. die Erweiterung der politischen zur ökonomischen Periode des Kommunismus - sich formierender Kommunismus, 3. die Ausdehnung der ersten ökonomischen zur zweiten ökonomischen Periode des Kommunismus - strukturell hergestellter Kommunismus. Also, es gibt eine politische und zwei ökonomische Perioden (oder Phasen) des Kommunismus -, das ist die Lehre aus seiner bisherigen geschichtlichen Praxis. Die erste, die politische Periode des Kommunismus, ist sowohl in Einheit als auch im Widerspruch zu seinen

ökonomischen Perioden zu bestimmen, die beiden ökonomischen Perioden ebenfalls in ihrer Einheit und zugleich ihrem Unterschied.

Vorperiode, Erste Periode oder Übergangsgesellschaft

Wir beginnen mit der ersten geschichtlichen Form des Kommunismus, die in der bisherigen Periodisierung oft auch als Übergangsgesellschaft bezeichnet wird. Es gibt aber auch die These, die bisher erste Phase genannte Phase des Kommunismus (bei uns schon zweite Phase genannt) noch als Übergangsgesellschaft zu bezeichnen, in ihr würde ja der Übergang zum Kommunismus, seiner letzten geschichtlichen Form, vorbereitet werden. Demnach wäre alles Übergang - bis auf die abschließende Gesellschaft. Das ist aber angesichts der realen Entwicklung zu statisch und vor allen Dingen misst diese These die jeweiligen Phasen nicht an dem sukzessiv entstehenden, sich anreichernden kommunistischen Element. Alles ist schließlich kommunistisch, und nicht nur das letzte Resultat. Eben dem wachsenden kommunistischen Moment zuliebe muss die Periodisierung umgestellt werden. Die Umstellung verlangt, in jeglicher Phase/Periode das unmittelbar gesellschaftlich schon gegebene Moment des Kommunismus/Kommunistischen zu fixieren, damit gar nicht erst das Gefühl aufkommt, vor der höchsten Phase könne es auch um alles andere gehen, nur nicht um Kommunismus. Die Verbindung der drei Phasen des Kommunismus zu einem sich steigernden geschichtlichen Prozess dient der Einheit des Kommunismus als einer tatsächlichen Gesellschaftsordnung, während die statische Betrachtung der drei Phasen auch ihrer möglichen Trennung als Gesellschaft und der Entgegensetzung der Phasen dienen kann. Indem wir in der Frage der Periodisierung des Kommunismus auf diesen Unterschied hinweisen, sorgen wir zugleich für die Herausbildung zweier Richtungen in der Methodologie des Kommunismus, d.h. sorgen wir für die Fortsetzung der Trennung der materialistischen Geschichtsbetrachtung von der idealistischen - denn dieser Gegensatz zeigt sich noch nicht als geschichtlich beendet.

Bei vorausgesetztem revolutionärem Weg, also einer tatsächlichen Erhebung der Arbeiter und der Aneignung der Macht durch sie, haben wir es zunächst als kommunistisch mit dieser Macht zu tun. Und maximal über eine Wirtschaftspolitik mischt sich diese Macht in die Produktionsverhältnisse ein oder macht sie sich als kommunistische Macht geltend. Diese ersten

Produktionsverhältnisse sind zunächst die noch nicht angetasteten privaten Verhältnisse; man kann auch sagen: sind die noch nicht ökonomisch angetasteten Rechte der privaten Ökonomie, sondern erst politisch antastbaren Rechte. Es wird per Politik in die Ökonomie eingegriffen, noch nicht per anderem ökonomischem Verhältnis. Selbst dort, wo schon volkseigene Betriebe entstanden sind (also Privateigentümer enteignet worden sind), bewegen sie sich nach den Gesetzen der Ökonomie des Privateigentums, also wertökonomisch; sie sind für ihre Reproduktion unmittelbar entsprechend ihren Einnahmen - beim Verkauf ihrer Produkte - verantwortlich (Selbsterwirtschaftung ihrer Mittel, lautet der entsprechende Begriff). Die Bewegung der Betriebe nach dem Wertprinzip (oder Privateigentum) ergibt sich in dieser ersten Phase eines Beginns des Kommunismus nicht aus dem kommunistischen Eigentumsverhältnis, also dem Volkseigentum, sondern aus dem Noch-nicht-Vorhandensein einer Planwirtschaft, also aus dem Fehlen eines unmittelbar gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses des Volkseigentums - das eben nicht automatisch mit der Enteignung des Privateigentums gegeben ist. Es bedarf der Institute der Planwirtschaft, der realen Planung der Produktion (über die Rechte auf die gesellschaftliche Arbeit vermittelt sind), damit dieses Verhältnis in Aktion treten kann. Davor "gilt" noch das Wertgesetz, aber nicht, weil es sich auf irgendetwas in der Gesellschaft stützt, was seine Voraussetzung ist, sondern weil die Planung noch nicht gilt. Das Wertgesetz [Zusatz April 2013: d.h. das Gesetz der Sicherung der Reproduktion des Besonderen durch das Besondere (Eigentum an der Arbeit – anstelle dann des Gesetzes der Sicherung der Reproduktion des Besonderen durch das Allgemeine im Sozialismus/Kommunismus)] kann nicht aufgehoben werden, weil noch nicht gegeben ist, woraufhin es aufgehoben werden kann.

Das Prinzip der so genannten Selbsterwirtschaftung der Geldmittel für die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Produktion ist allerdings grob gesetzt, es hat sich auf die Selbsterwirtschaftung (der Einnahmen, die das Maß dann der Ausgaben sind) in etwa zurückgezogen, es ist lediglich ein Konzentrat an Warenform der Ökonomie, was da gilt, es geht bereits nicht mehr um die Exaktheit der Preise - entsprechend den Wertgrößen -, es gibt bereits nicht mehr den Mechanismus sinkender Preise mit den sinkenden Wertgrößen; also auch in dieser ersten Phase des (noch politischen) Kommunismus, seiner Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus dem ökonomischen

Verhältnis nach, ist die Warenproduktion bereits eine Ökonomie, deren Form als "verletzt/verletzbar" (richtiger ist: angreifbar) gilt. Und volkseigene Betriebe unter dieser Bedingung (noch keiner Planwirtschaft) verhalten sich ökonomisch gesehen noch wie Privatbetriebe und damit entgegen ihrem neuen, eigentlichen Eigentumstitel.² Die juristische oder politische Entwicklung des Kommunismus geht in dieser Phase seiner ökonomischen Entwicklung voraus.³ Gleiches gilt für erste volkseigene Betriebe, die zunächst Gegensätze gegen das Privateigentum, genauer noch: gegen den Privateigentümer sind, ohne schon Entsprechungen des Inhalts dieses Gegensatzes gegen das Privateigentum sein zu können.

Widerspruch in der ersten oder Vorperiode

Nach bisherigem Stand der Geschichte geht nunmehr in der sozialen Klasse der Arbeiter ein Kampf vor sich, ob die Geschichte gleich weiter voran schreiten soll zu der ökonomischen Form des Kommunismus, oder ob sich hier auf Basis einer Mischform von politischem Kommunismus und staatlich kontrolliertem Privateigentum bis Privatverhalten des Volkseigentums in der Ökonomie eine Gesellschaft der besonderen Art etablieren lässt; ob die höhere Geschichte sich auf politisches (subjektives) Eingreifen in die Ökonomie beschränkt, diese aber noch nach Gesetzen/Verhältnissen der bisherigen Ökonomie des Privateigentums bewegt. Frage ist, ob/dass hier eine Verzögerung in der Geschichte oder doch ein tragbarer Kompromiss entsteht.

² Das kann dann zur Quelle des Irrtums werden, dass sich doch Volkseigentum wie Privateigentum, volkseigene Betriebe wie Warenproduzenten verhalten können. Aber die Theorie muss erklären, dass die bloße Aufhebung des Privateigentums dem wirklichen Produktionsverhalten als Volkseigentum vorausgehen kann. Das letztere ist erst möglich, wenn das gesamte Privateigentum, oder doch wenigstens ein mehrheitlicher, maßgeblicher Teil zum Volkseigentum erklärt worden ist. Um von Planwirtschaft sprechen zu können, ist ein Gesamtzugriff auf die Wirtschaft unterstellt.

³ Es kann für diese Situation leicht der Irrtum entstehen, der Kommunismus reduziere sich auch auf Politik. Und man könnte es in Bezug auf die Ökonomie beim "ersten" ökonomischen Verhalten der volkseigenen Betriebe belassen.

Auf alle Fälle war sie Gegenstand eines Kampfes in der realen kommunistischen Gesellschaft, was auch der Grund ist, von dieser Übergangsgesellschaft als einer spezifischen Periode beim Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung zu sprechen. Sie muss nicht Periode sein, wenn nach kurzem Verweilen zum nächsten Schritt in der Ökonomie übergegangen wird (oder werden kann), aber wenn dieser Schritt verzögert wird oder nicht in der Absicht der politischen Kräfte liegt, wird unvermeidlich eine regelrechte geschichtliche Periode daraus - falsche, illusionäre natürlich.

Der größte Gegensatz, der in der neuen Ordnung selbst gegen den entwickelten Kommunismus geschaffen werden kann, ist das Stehenbleiben der Revolution nach der Revolution; dadurch wird sie auf ihre politische Form reduziert - die dann peu a peu deformiert und erodiert -, während der ökonomische oder eigentliche Kommunismus im Nebel der fernen Zukunft verschwindet. Die Bedingung für den Kommunismus müssen dann im "Sozialismus" erst neu geschaffen werden - was die geringste Form der Lehre der Arbeiter aus der Geschichte des Kapitalismus wäre, weil sie ja nichts anderes beinhaltet als die Wiederholung des Kapitalismus unter Bedingung einer besseren Herrschaft durch die Arbeiter (an Stelle der schlechteren der bürgerlichen Klasse). Die Arbeiter hätten sich und den Kapitalismus nur als politischen Gegensatz begriffen, nicht als ökonomischen.

Wahrheit ist, dass es wegen der ungeklärten Situation in dieser Frage des Verhältnisses von Politik/Macht und Ökonomie in der Geschichte des Kommunismus zu einer Verfestigung dieses ungeklärten Zustandes kam, die nunmehr wie eine eigene Phase/Gesellschaft in die Geschichte des Kommunismus eingegangen ist. Wobei die Eigenart dieser Verzögerung die ist, dass erst ein Schritt in die Richtung der ökonomische Revolution eingeleitet wurde (also Planwirtschaft aufgebaut wurde), man sich also schon in der höheren Phase befand, und dann erst die Debatte einsetzte, ob denn dieser Schritt richtig sei und ob man ihn nicht "reformieren" solle. Verfestigung der Debatte oder Befestigung eines Widerspruchsdenkens in diesem Augenblick ist die Grundlage einer Verselbstständigung dieser halbökonomischen Gesellschaft gegen die ihr folgen sollende Phase des Kommunismus, ihrer Erhebung zu einer Ordnung der eigenen Art mit einem umkämpften Gesellschaftsanspruch. Sie brachte dem Kommunismus die Infragestellung der tatsächlich möglichen Dialektik beim Aufbau des

Kommunismus und dem höheren revolutionären Anliegen den Vorwurf des "ultralinken Radikalismus" ein.

In welcher "Periode" beim Aufbau des Kommunismus befand sich denn der reale Sozialismus? Tatsächlich in einer Halbperiode: Der Schritt in die ökonomische Form des Kommunismus war getan worden, insofern befand man sich in der - nach bisheriger Diktion - ersten Phase des Kommunismus, seiner kommunistischen Phase, aber wegen der anhaltenden Debatte bzw. jetzt erst einsetzenden Debatte um den "wahren", "wirklichen" ökonomischen Weg, wegen der sofortigen Infragestellung dieses vollzogenen ökonomischen Schrittes befand man sich ebenso gut noch in der Vorperiode oder Debattenperiode des Kommunismus, also in einem noch politisch sich formierenden Kommunismus. Der reale Sozialismus befand sich in zwei Perioden zugleich: mit den Füßen bereits in der ersten ökonomischen Periode des Kommunismus, mit den Köpfen in der noch nicht zu Ende geführten Debatte der Politik/Ideologie des Kommunismus. Dies übrigens der Grund, warum das Proletariat, die reale Arbeiterklasse, weniger an dieser Debatte teilnahm, weil es überhaupt noch nicht an einer Debatte "über den Kommunismus" teilnahm. Die Arbeiter begreifen den Kommunismus zuallerletzt, d.h. erst dann, wenn sich am Lohn, an seiner gesellschaftlichen Form etwas ändert, und das kann in einer Planwirtschaft erst zuallerletzt der Fall sein. (Die Lohnfrage wird ja in der Bewegung gelöst.) Während die Intellektuellen ihn natürlich "immer begreifen". Die Intellektuellen wollen den Kommunismus immer zuerst. (Zum Teil stehen sie ja im Kapitalismus besser als im Kommunismus, sie verlieren zunächst im Kommunismus.) Ist doch klar. Ihnen muss er zunächst/zuerst am meisten bringen. Den Arbeitern erst danach.

Es kann in der Zukunft in der Arbeiterbewegung ein Kampf darum geführt werden, dass diese Phase in der Vorstellung der Kommunisten zu einer regelrechten Gesellschaftsform ausgebaut wird; in ihr würde sich der Charakter der kommunistischen Partei - von der man insofern sprechen muss, als sie für die politische Form der Macht steht - ändern; diese Partei würde den Charakter der Übergangsgesellschaft annehmen, worin nur erst politisch auf die Wirtschaft eingewirkt wird, aber diese selbst einem Selbstlauf - nach Art der Warenproduktion - überlassen bleibt.

Aus der ursprünglich einheitlichen Partei könnten zwei Parteien entstehen, deren eine real der Mischform der Übergangsgesellschaft entspricht, d.h. die den Widerspruch der Übergangsgesellschaft, die Einschränkung ihrer Macht gegenüber dem Selbstlauf der Ökonomie annimmt, während die andere mehr ihren sozialen Protest, den dieser Selbstlauf erzeugt, wahrnimmt. D.h. der Beginn des Kommunismus, noch vor einer entwickelten Ökonomie des Kommunismus, gäbe den Boden ab für eine nochmalige Spaltung der Arbeiterbewegung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Teil; wobei allerdings der kommunistische Teil - oder eine solche Partei - sich auf den sozialen Protest gegen die selbstlaufende Ökonomie zurückzöge. Darin ist auch eine Anerkennung der Selbstlauf-Ökonomie ausgesprochen. Die kommunistische Partei gibt also ihren Gesellschaftsanspruch auf, indem sie sich zur reinen Sozialpartei "erhebt". So oder so ist also der Gesellschaftsanspruch der Arbeiterbewegung aufgegeben, einmal aktiv, andermal passiv.

Die dem Kommunismus gesellschaftlich vorangehende Spaltung der Arbeiterbewegung - also die Spaltung im Kapitalismus - in der Form dieses Gegensatzes bekäme nachträglich ihre Bestätigung, würde sie sich im Kommunismus wiederholen. Es gäbe diese Spaltung also in einer kapitalistischen und einer kommunistischen (oder "sozialistischen") Form.

In der kapitalistischen Form der Spaltung der Arbeiterbewegung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Teil wäre die Ökonomie das Herrschaftsgebiet der bürgerlichen Klasse (Wirtschaftsmanagement) und übernehme der sozialdemokratische Teil kraft seines Bekenntnisses zu dieser Form des ökonomischen Eigentums die politische Verantwortung über diese Gesellschaft, während in der kommunistischen Form dieser Spaltung die Gesellschaft zunächst politisch vom kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung verantwortet würde und sich nun die Frage ergibt, ob er sich durch ein bürgerliches Verhältnis der Ökonomie ergänzen sollte. Das würde eine Veränderung ihrer kommunistischen in eine sozialdemokratische Macht befördern. D.h. "die Kommunisten" blieben an der Macht, die "Sozialdemokraten" übernahmen die Wirtschaft, der sich letztlich die "Kommunisten an der Macht" anpassten. An die Macht gelangt, schlüpfen die Kommunisten in den Part der Sozialdemokraten im Kapitalismus, und stiegen die Sozialdemokraten auf in den Part der Kapitalisten im

Kapitalismus; der Kommunist wertete geschichtlich ab, der Sozialdemokrat geschichtlich auf. Der Kommunismus fing groß an, und hört klein auf. Die Sozialdemokraten, die einst nur politisch groß rauskamen, d.h. sich mit einer Gesellschaft identifizierten, kommen nun auch ökonomisch gesehen groß raus; sie wären die Kapitalisten geworden - endlich, und im Kommunismus. Sie gründen eine Gesellschaft. Was für eine Karriere der Sozialdemokratie! Zuguterletzt blieben beide nicht das, was sie waren. Die Radikalen werden zahm, die Reformer ... können reich werden. Das ist alles in allem die Fortsetzung des ökonomischen Rechts des Privateigentums unter Bedingungen des Kommunismus.

In der Konsequenz beharrte der eine, der sozialdemokratische Teil der Partei auf Konsistenz des Charakters dieser Mischform von politischem Eingriff und Selbstlauf der Ökonomie, während jede höhere Entwicklung, also der ernsthafte Vorstoß zur kommunistischen Ökonomie von der sozialen Partei der Übergangsgesellschaft ausginge (dass beide Parteien wieder zusammenliefen, wäre auch möglich).

Man muss die ganze Restaurationsperiode in der Sowjetunion mal unter diesem Aspekt einer inneren Restauration, einer Debattenrestauration (die schon Jahrzehnte dauert), und der realen Restauration (ab 1989/1990) sagen wir in der Form eines halb- oder restsozialistischen Sozialstaats-Kapitalismus betrachten.

Zur Frage einer letzten Form sozialer Privilegierung

Die Spaltung würde allerdings nur Sinn machen, wenn sich real auch in der Gesellschaft einer ihrer Teile sozial eher zum sozialdemokratischen, ein anderer Teil mehr zum kommunistischen Engagement hingezogen fühlte. D.h. die jeweiligen Parteien müssten auf besondere soziale Schichten (nicht Klassen) der Gesellschaft zurückführbar sein. Es könnte unter Bedingung kommunistischer Macht - aus Uneinigkeit über den zukünftigen, d.h. ökonomischen Charakter des Kommunismus - eine "Bourgeoisie" aus der Arbeiterbewegung (ihrer politischen Bewegung) heraus entstehen und ein "Proletariat" aus der Arbeit (der ökonomischen Bewegung heraus). Es könnte eine soziale Teilung der Gesellschaft eintreten, in der es um besondere Aneignung der konsumtiven Güter der Gesellschaft ginge, eine Gesellschaft der privaten (exklusiven) Aneignung ohne exklusiven Besitz an den

Produktionsmitteln der Gesellschaft, d.h. diese blieben außerhalb der individuellen Aneignung, könnten von den Subjekten der neuen Gesellschaft nicht angeeignet werden. Die konsumtiven Güter dagegen erführen eine Aneignung besonderen Rechts. Der eine erhalte mehr als der andere, ohne dass dies aus einer besonderen Eigentumsform begründet werden würde. Die Übergangsgesellschaft bliebe demnach eine Gesellschaft sozialer Differenzierung, das "notwendige Produkt" erhalte eine auf soziale Schichtung orientierende Form der Aneignung.

Wirkliche geschichtliche Periode würde diese Übergangsgesellschaft erst mit einer stabilen Form der sozialen Privilegierung. Und dies machte sie zu einer besonderen Periode nach dem Kapitalismus, die wegen ihrer Einordnung in die Geschichte des Kommunismus in den Rang einer besonderen Periode des Kommunismus gehoben würde: Überflüssige Geschichte, Abirring vom geraden Weg, nachträgliche Konzession an den Kapitalismus, faktisch ein Kapitalismus durch Arbeiter, weil in den Kommunismus fallend. Ein Kapitalismus nach dem Kapitalismus!

Wie lange diese Periode oder damit erste Phase einer neuen Gesellschaftsordnung nach dem Kapitalismus dauert, hängt auch von dem Willen der die Gesellschaft führenden politischen Organe (Partei, Parteien, Organisationen) ab, mit dem institutionellen Aufbau der Planwirtschaft zu beginnen. Die Übergangsphase oder -gesellschaft ist also keine an sich objektiv bedingte Phase des Kommunismus. Es gibt kein ökonomisches Gesetz, das dafür spricht, dass sie an sich erforderlich ist.⁴ Die Arbeiter, heißt das, gehen sozial gesehen einheitlich in den Kommunismus über, aber schreiten ihn sozial differenziert weiter.

Diese Vorperiode (vor dem Kommunismus der Ökonomie nach) wird sehr lange dauern, wenn dieser Wille gering oder durch gewichtige Gründe - darunter auch äußere - gestört ist, und dann wird diese Übergangsgesellschaft

⁴ Theoretisch gibt es auch im Kapitalismus keine Voraussetzung für eine solche Schichtung. Es gibt zwar den unterschiedlichen Wert der Ware der Arbeitskraft, aber dieser Unterschied ist ein rein quantitativer des Wertgesetzes; d.h. als Wert der Ware Arbeitskraft gesehen gibt es viele solcher Werte der Arbeitskraft, aber nur ein Gesetz, dem sie alle unterliegen. Aus dem quantitativen Unterschied der zahlreichen Werte der Waren Arbeitskraft muss man im Kommunismus kein soziales Privileg schlagen.

sich konservieren nur unter der Bedingung, dass sie an eine spezifische Form innerer Auseinandersetzungen und Kämpfe gerät, die sehr den Kämpfen in einer bürgerlichen Gesellschaft gleichen; insbesondere die sozialen Verhältnisse können keiner befriedigenden Lösung im Sinne kommunistischer Verhältnisse der Aneignung zugeführt werden. (Siehe aktuell China). Eine Gesellschaft des Übergangs nach einer politischen Revolution wirft die Frage nach einer nur auf die politische Revolution beschränkten Gesellschaft, und die keiner ökonomischen Revolution auf, sie wirft die Frage einer bloß formalen Aufhebung des Privateigentums auf, keiner inhaltlichen. Es findet kein Wechsel im ökonomischen Verhältnis statt, nur ein solcher in der politischen Macht über die Gesellschaft. Es scheint, es löse der Kommunist den Kapitalisten ab, aber nicht sein Verhältnis, den Kapitalismus; es sind Kommunisten, nicht mehr Kapitalisten, die es fortsetzen; das ist ein Schlag gegen den Kapitalisten, aber nicht gegen den Kapitalismus. Diese - "restaurative" - Periode ist insofern dennoch geschichtlich neu, als sie nicht im Rahmen noch der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist. Sie bedarf des Kommunisten, der in der Tat nach eigener Macht strebt, als Voraussetzung ihrer Fortsetzung.

Proletarischer Absolutismus

Diese Phase des Verharrens, Stagnierens in der revolutionären Veränderung kann schnell vorübergehen und sich kaum als eine spezifische Periode des Übergangs im Bewußtsein der Menschen bemerkbar machen, wenn dieser Wille, zur Ökonomie der geplanten Wirtschaft überzugehen, groß und stark ist, d.h. relativ zügig die Institutionen der Planwirtschaft aufgebaut werden (siehe Sowjetunion, DDR usw.). Wobei auch möglich ist, dass ein schnelles Verlassen der Vorform/Übergangsgesellschaft vor dem Kommunismus sich ebenfalls in einer spezifischen gesellschaftlichen Form, sagen wir einer sehr streng gehandhabten kommunistischen Politik, eines hohen ideologischen Anspruchs des Kommunismus an die Gesellschaft niederschlägt. Je geringer die Neigung, die politische Macht des Kommunismus zu einer ökonomischen zu erhöhen, desto größer - bei Untermaß an "Entwicklung" - die Gefahr des Revisionismus in der Ökonomie; je stärker die Neigung zu diesem Übergang, je stärker insbesondere die rein politische Form dieses Übergangs, ohne dass sie ökonomisch schon verstanden und daher auch untermauert ist - gleich

Übermaß in die andere Richtung - , desto größer die Gefahr einer Verselbstständigung der Macht.⁵ Hierbei deutet die rechte Abweichung eher auf die Erhebung der ansonsten bloßen Übergangsgesellschaft zu einer ersten - und dann falschen - Periode des Kommunismus hin als eine linke, d.h. absolutistische Abweichung.⁶ Das kommt durch den ökonomischen Unterschied der rechten und der linken Abweichung. Die rechte Abweichung ist ökonomisiert, die linke ökonomisch gesehen in jedem Fall Übergang zur Planwirtschaft, d.h. der Schritt zum ökonomischen Kommunismus. Der proletarische Absolutismus hilft der Durchsetzung der Ökonomie des Kommunismus.

Während man dem Revisionismus nur ökonomisch begegnen kann, also durch wirklichen Übergang zur kommunistischen Form der Ökonomie begegnen kann, bedarf der proletarische Absolutismus nur einer subjektiven, wesentlich also politischen Entgegnung; er bedarf nur des richtigen Wissens, was der Kommunismus ist. Er ist innerhalb der Organisation selbst zu überwinden, während die Überwindung/Verhinderung des Revisionismus tatsächlich der gesellschaftlichen Veränderung, d.h. wirklich der ökonomischen Form der kommunistischen Revolution bedarf. Also: die linke Abweichung ist durch Personen zu überwinden - denn sie besteht nur in Personen, die rechte nur durch eine Gesellschaft - denn sie besteht in einer Gesellschaft (die Warenökonomie ist eine Gesellschaft, nicht eine Person, sie wollen, heißt, eine Gesellschaft wollen resp. eine solche zu sein; und hier ist die eine verhindert, wenn die andere gewollt ist und sich durchsetzt).

⁵ Dennoch muss, bei aller Kritik, das Maß der Ökonomie, angelegt an die Politik, erhalten bleiben. "Stalin", proletarischer Absolutismus, ist ökonomisch zu messen, weniger oder zuerst nicht politisch. "Stalinsches Tempo", ja, aber für was? Und da stehen zwei Dinge zur Debatte: Die Macht, gewiss, *und* die Ökonomie.

⁶ Es dürfte umgekehrt im Interesse der rechten Abweichung liegen, die linke Abweichung in den Rang einer eigenen Periode zu heben (z.B. "stalinistische Periode"). Eine Kritik an einem Übermaß an "linker" Politik kommt der rechten Abweichung ökonomisch entgegen, desavouiert/entmachtet sie doch den Kommunismus politisch, nimmt sie ihm doch die Form, in der er geschichtlich bereits erstarkt ist, stark ist.

Gerade beim schnellen/schnellstmöglichen Übergang zur Form des ökonomischen Kommunismus reduziert sich der Kommunismus dem Subjekt nach auf politischen Absolutismus (Problem eines Absolutistischwerdens der Machtausübung beim Übergang zu einer zweiten Phase des Kommunismus, bisher erste oder sozialistische Phase des Kommunismus genannt). Der Übergang zum realen Kommunismus/Sozialismus wird dann mit einem Mangel, mit einem Nachlassen des allgemeinen Demokratismus erkaufte, d.h. die ökonomische Phase oder erste Phase realen Kommunismus beginnt "undemokratischer" als die Übergangsgesellschaft eine demokratische sein konnte. Während das an die Ökonomie angelegte Maß den Kommunismus bestätigt, hebt ein an das Subjekt angelegtes Maß, also die Frage nach der Demokratie des Kommunismus, den Kommunismus auf. Es entsteht der merkwürdige Widerspruch, dass eine Rückkehr zu noch keiner unmittelbaren Form kommunistischer Gesellschaft demokratischer wirkt und erstrebenswerter scheint als ein weiteres Fortschreiten in die kommunistische Gesellschaft. Der gesellschaftliche Rückschritt - oder Rückschritt in die bloße politische Form (der ersten Macht) - erscheint kommunistischer als das objektive, ökonomische Voranschreiten in den Kommunismus.

Weder in der einen noch in der anderen Form der Fortsetzung der kommunistischen Macht sind die politisch handelnden kommunistischen Parteien durch ein ökonomisches Gesetz getrieben; in der Tat ist die Übergangsgesellschaft zwar eine Gesellschaft ökonomischen Verhaltens, aber sie ist keine Gesellschaft eines ökonomischen Gesetzes. Weder ist das Wertgesetz in dieser Übergangsgesellschaft ein objektives Gesetz, noch ist über die Planwirtschaft ein solches (neues, anderes) ökonomisches Gesetz schon vermittelt, mangels Planwirtschaft nicht mittelbar.⁷ Das Wertgesetz wirkt nicht mehr (außer durch politische Bereitschaft), weil seine Voraussetzung, das Privateigentum, aufgehoben ist - womit der gesellschaftliche Zwang, dass es wirken muss, aufgehoben ist. Noch wirkt schon ein kommunistisches Gesetz, weil etwa die Voraussetzungen - Organe der gesellschaftlichen verbindlichen Planung der Produktion - gegeben sind.

⁷ Die Einführung des Wertgesetzes würde aber den Übergang zu einer solchen gefestigten Gesellschaft (der "besonderen sozialistischen Warenproduktion") bedeuten.

Dennoch kann nicht von einem anarchischen Zustand der Gesellschaft gesprochen werden, denn die Politik wirkt hier als ökonomische Klammer. In der Produktion verhalten sich die Arbeiter immer rational, die Produktion ist an sich rational und: sie ist durch die Arbeitsteilung in ihrem gesellschaftlichen Bestand gesichert. D.h. die Gesellschaft lebt - auch ohne in die Pflicht eines ökonomischen Gesetzes genommen zu sein.

Es wird zum Schein, dass die Gesellschaft/Geschichte nach zwei Seiten hin offen wäre. Was natürlich ein Irrtum wäre, denn jeder Produktion folgt die Verteilung und jeder Verteilung ist ein Moment entweder der Einheit oder der Spaltung der Gesellschaft immanent. D.h. über eine Form der Verteilung etablieren sich früher oder später Verhältnisse zur Produktion, werden letztere durch erstere initiiert bzw. konstituiert (weil gefestigt). In der Verteilung spricht die Macht ihr Wort, in der Produktion scheinen die Verhältnisse "gegeben". Bei jedem realen Aufbau des Kommunismus könnte immer die Verteilung (kommunistische, d.h. soziale) der Produktion vorangehen, wir haben eher Kommunismus hier als Kommunismus dort. (Eher in der Verteilung als in der Produktion.) Denn die Politik wird ja immer in eine an sich existierende/funktionierende Ökonomie hineingetragen! Und damit Verhältnisse. Die kommunistische Politik kann sich selbst zum Maßstab ihrer Gesellschaftlichkeit machen - reale Produktion vorausgesetzt.

Zweite Periode, Wende zur Planwirtschaft - Kommunismus ökonomisch

Eine Wende in dieser mit einer entweder sozialen oder politischen Problematik behafteten Phase kann erst erfolgen, wenn gesellschaftlich die Bedingungen einer Planwirtschaft geschaffen werden, auch institutionell geschaffen werden, und wenn von diesen Institutionen der Planung die Ausübung der ökonomischen Macht über die Arbeit erfolgt.

Dann erst beginnen Produktionsverhältnisse des Kommunismus zu wirken und steht ein gültiger Charakter des Volkseigentums in Harmonie mit seinen Arbeitern und seinem ökonomischen Prinzip. Jedoch ist dies noch nicht die reife/vollendete Periode des Kommunismus, denn noch gilt für die Arbeiter/Arbeitenden die Arbeitszeit als ein Maß für die Aneignung. Es wird mehr Geld (Lohn) gezahlt, wenn länger gearbeitet wird, und weniger, wenn

kürzer. D.h. die Aneignung (Menge der Aneignung) schwankt entsprechend der gearbeiteten Zeit, noch nicht entsprechend einem Anstieg oder Abfall in den Bedürfnissen. Jedoch gilt dies nur für die Form der individuellen Konsumtion, also nur unmittelbar für den Arbeiter, die Arbeitenden, nicht mehr für die ökonomische Aneignung durch die Produktion, den Arbeitsprozess selbst. Für diesen endet/soll enden die Aneignung nach dem Prinzip des Wertes, d.h. nach der im Betrieb geleisteten Arbeitszeit sofort; die Aneignung durch die Arbeit (den Arbeitsprozess) wird schon mit der zweiten Periode (bisher erste Phase genannt) direkt und unmittelbar völlig kommunistisch, d.h. sie wird eine Aneignung nach dem Bedarf der Produktion.

Bisher wurde der Übergang von der sozialistischen Phase des Kommunismus zur direkt kommunistischen Phase des Kommunismus abhängig gemacht vom Übergang vom Prinzip der geleisteten Arbeit (was nicht ganz exakt ist, denn als was bestimmt sich Leistung?) zum Prinzip des Bedarfs in der Verteilung. Aber es gibt zweierlei Aneignung, eine, die in die Betriebe fällt, eine andere, die an die Individuen/Arbeitenden fällt. Nicht zu erkennen, dass für die produktive Arbeit bereits in dieser Phase des Kommunismus in der Aneignung/Verteilung zum Prinzip des Bedarfs übergegangen worden ist (!), führte zur Negierung der "sozialistischen" als kommunistische Phase, brachte in die Theorie der Periodisierung die künstliche Trennung dieser beiden Phasen herein und desorientierte die kommunistische Politik wie Wissenschaft. Gleichzeitig erfuhr das Prinzip der Verteilung nach der Leistung eine doppelte Form der Auslegung; es erfolgte seine Identifizierung, mindestens aber Annäherung an das warenökonomische Prinzip der arbeitszeitlichen Leistung. Der "Sozialismus" erfuhr eine stärkere Anbindung an den Kapitalismus (in Form der besonderen Warenproduktion im Sozialismus) als an den Kommunismus, als an sein schon in der Gesellschaft wirkendes Prinzip des - vom Gebrauchswert ausgehenden - ökonomischen Bedarfs. "Zukünftiger Kommunismus" wurde (und wird) verketzert.

Die Wende vom Wert zum Bedarf (gleichbedeutend mit dem Übergang von der abstrakten zur konkreten Arbeit als dem Bezug im Verhältnis zur Arbeit) wurde in der sozialistisch/kommunistischen Ökonomie mit dem Übergang zur Planwirtschaft zwar praktisch vollzogen - der reale Kommunismus hatte bereits die Übergangsgesellschaft verlassen - , aber sie wurde theoretisch

nicht eindeutig markiert und ist daher in der Wissenschaft vom Kommunismus ungenügend bis gar nicht gewürdigt. Stattdessen kam es mit dem Übergang zur Planwirtschaft zu einem ungemäßen Kampf um die Fortsetzung der Warenökonomie in der zweiten Phase des Kommunismus, der zu einer Spaltung in der sozialistischen Wissenschaft führte; die Gesellschaft insgesamt geriet an eine Form der gesellschaftlichen Stagnation, die ökonomische Revolution - in den Produktionsverhältnissen, insbesondere Lohnverhältnissen - stockte und konnte in der Konsequenz von einer Gegenrevolution, d.h. neobürgerlichen Wende genutzt werden. Der Eigentumsgedanke erfuhr eine Wiederbelebung, die ideologisch innerhalb der Arbeiterbewegung in eine ökonomische Form des Revisionismus umschlug.

Der Revisionismus inmitten des Kommunismus nahm die Form einer Wiederauferstehung der Waren- und Wertökonomie an, die zur Zukunftsform für den Kommunismus erklärt wurde ("sozialistische Warenproduktion"). Diese Form der Fortsetzung der Warenproduktion ist aber revisionistisch, weil sie mit der Planwirtschaft wieder bricht. (Es gab auch einen Rückzug der Planwirtschaftler selbst auf "perspektivische Planung" - womit sie die betriebliche Regulierung automatisch für die Ökonomie des Wertgesetzes freigegeben hätten.⁸) Sie wäre in einem minderen Maße revisionistisch oder eben nur auf politische Weise revisionistisch, würde sie nur in einer ungemäßen Hinausdehnung der Phase einer rein politischen Form der

⁸ Perspektivische Planung setzt auch reale Ansprüche an die Wirtschaft voraus, aber beschränkt sich die Planung auf diese, erhebt sich die Frage, über welche Ansprüche denn nun die Betriebe verfügten? Sie müssten mindestens über die Mittel der einfachen Reproduktion verfügen plus den Mitteln für eine erweiterte Reproduktion „nichtperspektivischen Charakters“ (was ist das für eine?, hier sauber zu trennen, dürfte schwer fallen) - und diese müssten in einer verallgemeinerten Form angeeignet werden. Dies genüge aber für das Wertgesetz, dass es wirkte. So operiert ja heute auch ein bürgerlicher Staat. Mit anderen Worten: die Forderung nach ausschließlich perspektivischer Planung der Ökonomie ist gleich der Forderung nach einem Sozialismus bürgerlichen ökonomischen und bürgerlichen staatlichen Typs. Und wo ist denn das nun *notwendig* begründet? Maximal könnte es notwendig begründet werden mit der Unfähigkeit, ein gesamtgesellschaftliches Planungssystem aufzubauen, also die Produktion auf der elementaren Ebene zentral, von einem Zentrum aus zu planen. Der Sozialismus ist gut dafür, *Mängel* des Wertgesetzes auszubügeln, mehr nicht. Dazu bedarf es aber keiner Revolution.

Machtnahme unmittelbar nach der Revolution bestehen. Hier würde der Revisionismus nicht in einem Verhältnis zu einer bestehenden, sondern erst zu einer entstehenden Gesellschaft, also selbst wieder an einer Meinung gemessen werden, und dies macht den Unterschied sowohl seiner geschichtlichen Tragik als auch seiner Wertung. Denn ab der Existenz einer Planwirtschaft muss eine reformistische Auffassung natürlich an der gesellschaftlichen Veränderung gemessen werden, die die Einführung dieser Auffassung mit sich brächte.

Es kann bei einer Aneignung nach dem Bedarf mehr, gleichviel oder weniger Arbeit (in abstrakter Hinsicht, also der in den Gütern, die bezogen werden, getätigten Arbeitszeit) angeeignet werden, d.h. die Aneignung in der Planwirtschaft verläuft proportional den Bedürfnissen auf Arbeit, nicht äquivalent der geleisteten Arbeit, ihr liegt die gesellschaftliche Arbeitsteilung und deren Bewegung zugrunde, nicht Eigentum und dessen Expansion. In jede Aneignung muss immer ein Moment der Zukunft der Produktion aufgenommen sein, damit sie richtig ist, d.h. keiner nachgesetzten Form der Umverteilung ausgesetzt werden muss - dies ist ja die Relativierung bereits des Eigentums.

Die Aneignung in der Planwirtschaft richtet sich nach dem Bedürfnis der Gesellschaft auf die konkrete Arbeit der Betriebe, nicht nach dem von diesen Betrieben geleisteten Arbeitszeitvolumen; insofern endet mit der Planwirtschaft das Wertprinzip in der Aneignung von Arbeit durch die Produktion und ist der Wert nicht mehr ihr Produktionsverhältnis. Die Aneignung nach dem Bedarf wird den Betrieben in den Auflagen des Planes vermittelt, sie sind verbindlich für das Ausmaß der betrieblichen Aneignung, der Plan drückt einen gesellschaftlichen Willen aus, in den die individuellen Wünsche eingehen, aber er drückt nicht ein individuelles Interesse, eben ein Eigentumsinteresse an der Arbeit an sich aus.

Dialektik der Dreiteilung der Perioden des Kommunismus

Es tut sich ein anderes, auch anderes dialektisches, Verständnis der Periodisierung des Kommunismus auf; das verbietet, von der Formierungsperiode des Kommunismus (Periode nach der Vorperiode oder

nach der Übergangsgesellschaft), auch Sozialismus genannt, als einer eigenen Gesellschaftsformation oder Gesellschaftsordnung, verschieden vom Kommunismus, zu sprechen. Diesbezügliche Theorien sind revisionistisch, sie widersprechen der Dynamik der einzelnen Perioden beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Elemente des Kommunismus oder überhaupt das Produktionsverhältnis des Kommunismus beginnen früher, wie Elemente der bürgerlichen Ökonomie auch früher enden, eben mit diesem Übergang zu dem neuen Verhältnis des Bedarfs auf Gebrauchsgüter zur Produktion enden; der Kommunismus - in den Produktionsverhältnissen - kommt schneller! Für die kommunistische ökonomische Wissenschaft bedeutet das, dass kommunistische Produktionsverhältnisse nicht einseitig an der Methode der Verteilung nach dem Bedarf in der individuellen Konsumtion gemessen werden dürfen. Also: Wenn dieser Übergang möglich wäre, dann ist der Kommunismus da, wenn nicht, dann nicht. Da haben wir bereits das verkürzte Denken über den Kommunismus, man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Die Verteilung (oder Aneignung) nach dem Bedarf bedeutet vielmehr eine gesellschaftliche Veränderung mit vielen Seiten. Die Begrifflichkeit für den Kommunismus muss mit den realen Veränderungen und deren Inhalt Schritt halten, besonders dann, wenn ihm übergreifende Bedeutung über spezifische Perioden hinaus zukommt; sonst besteht die Gefahr, dass die Begrifflichkeit für eine Periode sich den Besonderheiten einer Periode unterordnet bzw. zuwendet, nicht ihren Wesensheiten.

Den Kommunismus auf Verteilung nach dem Bedarf an die Individuen zu reduzieren, heißt, ihm das Verständnis einer Gesellschaftsordnung zu nehmen. Oder heißt: Mit der letzten seiner Möglichkeiten zu operieren, und allen anderen Seiten, die auch Voraussetzungen der letzten Möglichkeit sind, nicht. So hebt man den Kommunismus auf!

Der Umstand, dass 1. die so genannte Übergangsgesellschaft, d.h. die Periode vor der bisher ersten Phase des Kommunismus genannten Phase, länger dauern und zu einer eigenen gesellschaftlichen Erscheinung führen kann (siehe also China), und 2. sie aber auch nur kurz zu dauern braucht (siehe die 20er Jahre in der UdSSR und die 50er in der DDR) und sofort (nach bisheriger Diktion) zur ersten kommunistischen Phase übergegangen werden kann, und sich nunmehr zeigt, dass sie bereits mit Elementen des reifen Kommunismus

durchsetzt ist, führt dazu, quasi von einer Dreiteilung in der Periodisierung des Kommunismus auszugehen.

Es wäre aber falsch, in dieser Art der Dreiteilung der Phasen/Perioden eine bloße Bestätigung der bisher in der Theorie schon üblichen Form der Dreiteilung zu erkennen (man spricht ja von Übergangsphase, erste und zweite Phase, entspricht also in der UdSSR den Zwanziger Jahren, dann den Dreißiger Jahren ("Sozialismus ist aufgebaut"), schließlich dem "kommenden Kommunismus" in der Zukunft). Gerade diese Dreiteilung ist statisch und problemleer (wie ein Marxismus, der sich ihr unterordnet). Es muss die große Widersprüchlichkeit im Übergang von der politischen zur ökonomischen Form der Macht erkannt und in der Theorie berücksichtigt werden; die doppelförmige Auslegung dieses Übergangs wurde gesellschaftlich nie gelöst, die "erste" Phase ist geschichtlich umkämpft geblieben - bis heute. Der Sozialismus, die "erste" Phase, blieb gesellschaftlich stecken; es wurde, wo in dieser Phase dennoch zur Planwirtschaft übergegangen wurde, nicht deren Einheit mit der zweiten Phase (bei uns dritten) erkannt.

Während in der ersten Periode des Kommunismus (nach neuer Definition die unmittelbar erste Periode) ein Kampf in der Politik geführt werden muss, ob überhaupt ein Übergang zum ökonomischen Kommunismus vollzogen werden soll und dieser Kampf die Rivalität zweier Auffassungen über das Ende oder die Fortsetzung der Warenökonomie bzw. über den Beginn der kommunistischen Planwirtschaft hervorruft, geht es in der zweiten Periode, für den Übergang zur dritten Periode, um das Tempo des Übergangs. Die nochmalige Verzögerung setzt ein wegen der Frage des Prinzips der Verteilung nach der Leistung - welcher Zeitbestimmung der Arbeit unterliegt sie: der des Wertes der Ware oder der der naturalen Form der Zeitrechnung? Unter den vielen Gründen, die in der Arbeiterbewegung Anlass wurden, eine sozialistische Form der Warenproduktion zu versuchen, kommt dem Prinzip der Verteilung nach der zeitlichen Arbeitsleistung eine besondere Bedeutung zu, ist es doch der einzige praktische Bezugspunkt, der den Kommunismus in eine ökonomische Nähe zum bürgerlichen Prinzip der Ökonomie bringt.⁹

⁹ Wie man sieht, ist es gar nicht das bürgerliche Verhältnis des Eigentums, welches der Auflösung der Warenform der Produktion die größten Schwierigkeiten macht, sondern das proletarische Verhältnis innerhalb dieser. Genau dieses erfordert einen

Aber er wird gelöst, wenn die jeweiligen Formen der Verteilung nach der arbeitszeitlichen Leistung ihre eindeutige Zuordnung zu ihrer gesellschaftlichen Ordnung finden, also ihre Definition entweder unter Bedingung des Privateigentums oder des Volkseigentums erfolgt; die Zuordnung der Arbeitszeitrechnung ist erst eindeutig, wenn auf die Eigentumsform bezogen: Zu welchem Eigentum gehört welche Zeitform?

Der Unterschied, der ein gesellschaftlicher Gegensatz ist, besteht darin, dass bei der bürgerlichen Arbeitszeitrechnung die Zeit in Beziehung gesetzt wird zur Arbeit als einer besonderen, worin besondere Produktionsmittel, besondere Arbeitskräfte eingesetzt sind, worin unter besonderen Bedingungen der Produktion produziert wird, und alle diese besonderen Bedingungen bewirken, dass die reine, bloße Arbeitszeit ("der bloße Verbrauch von Muskel, Nerv und Hirn") eine Verfremdung erfährt, d.h. die gesellschaftlich - unter diesen besonderen Bedingungen - anerkannten Arbeitszeiten erfahren eine Verfremdung von der unmittelbaren Zeit; die Verfremdung heißt Wertform der Zeit. Während umgekehrt für die Arbeitszeitrechnung unter Bedingung des Volkseigentums an der Arbeit und an den Produktionsmitteln diese Verfremdung wegfällt, weil die Zeit ein Verhältnis zur allgemeinen Arbeit aufnimmt, d.h. als die Arbeitszeit jeder Arbeit, aller Produktionsmittel und der Einheit aller Besonderheiten an Arbeit gilt.

Hier also in der Tat die eine Ware produzierende Arbeit, dort die jede Ware produzierende Arbeit. Deshalb fällt erst im Sozialismus, unter Bedingung des Volkseigentums oder allgemeinen Eigentums der Wert, d.h. der Aufwand an Arbeit, mit seinem Begriff, nur Arbeitszeit zu sein, und sonst nichts, zusammen. Das hat zu dem Irrtum geführt, dass, was Aufhebung der Warenproduktion ist, erst die "wirkliche Warenproduktion ist". So kann man es auch sehen, aber dann ist man ein Evangelist der Warenproduktion.

Warum hat die Errechnung/Berechnung der Arbeitszeit überhaupt Bedeutung im Kommunismus? Weil auf sie ein Lohn bezogen werden muss. Und sonst nichts? Nein, sonst nichts. Weil wir die Zeit als Maß für den Lohn brauchen,

ökonomischen Prozess, während die Aufhebung des bürgerlichen Verhältnisses nur der Gewalt bedarf. Die proletarische Gewalt beendet ja auch nur, was bürgerlich gesehen ein Prozess ist: Die Aufhebung des privaten ökonomischen Eigentums durch privates ökonomisches Eigentum.

aber nicht für die Ware, ist dieser Unterschied in der Zeitrechnung ein gesellschaftlicher und kein bloß formaler, den man "sowohl so als auch so" sehen kann.

Es zeigt sich, dass die bisher als einfach eingeschätzte Frage der Periodisierung des Kommunismus (denn: waren wir nicht fertig damit, denkt nicht der ganze Kommunismus, da wäre doch alles schon gesagt?) doch mit zwei bedeutenden Problemen behaftet ist (die nicht Widersprüche sein müssen, sondern eher ideologisches, wissenschaftliches Problem sind): 1. lässt sich die gesellschaftliche Form vor dem ökonomischen Beginn des Kommunismus zu einer Übergangsgesellschaft eigener Art ausbauen - ihr kann ideologisch, wissenschaftlich entgegengearbeitet werden, die Wissenschaft vom Kommunismus muss sich auf diese geschichtliche Möglichkeit einstellen und vorbereitet sein, 2. aber zeigt sich der Übergang zur ökonomischen Phase des Kommunismus von der Eigenart, dass er nicht als eine abgeschottete Periode gegen den letzten Prozess zur Herstellung des Kommunismus in der Verteilung disqualifiziert werden darf; die zweite Phase (wenn die erste eine Übergangsgesellschaft vor dem beginnenden Kommunismus ist) ist durch eine Doppelform im ökonomischen Kommunismus gekennzeichnet, sie ist eine Einheit von Übergang zum kommunistischen Verhältnis und kommunistischem Verhältnis, das erst zu Vollendende ist auf den Boden des Vollendeten gestellt. D.h. das ökonomische Verhältnis für die Arbeit ist bereits unmittelbar gesellschaftlich, das ökonomische Verhältnis des Individuums ist ein durch die Zeit vermitteltes Verhältnis auf dem Boden des unmittelbaren Verhältnisses zur Produktion. Erst diese Einheit, das Übergängliche auf dem Boden des Übergegangenen, erlaubt nicht mehr, das Übergängliche (also das Prinzip der Verteilung nach der arbeitszeitlichen Leistung) als Sprungbrett für die Reanimation der Warenökonomie (Besitzökonomie) auszuschlachten.

Der einheitliche Kommunismus

Insgesamt gesehen sind aber alle drei Perioden Phasen einer gleichen Gesellschaftlichkeit kommunistischen Charakters, die zunächst politisch, als Macht ihr Haupt erhebt, und dann früher oder später in eine Ökonomie der neuen Art umwandelt. Dabei erfährt sowohl der Wille, die reine Form der politischen Macht zu verlassen und zu gesellschaftlichen Formen der neuen

Ökonomie überzugehen, als auch die Bereitschaft, Übergangsformen zur kommunistischen Ökonomie sofort mit reifen Formen der kommunistischen Ökonomie zu verbinden, eine Entwicklung. Die Dreiteilung als auch das Verständnis ihrer inneren Einheit, als eines zusammenhängenden revolutionären Prozesses, ist neu und muss in den Bestand des Marxismus aufgenommen werden - als seine Entwicklung aus der Praxis der kommunistischen Gesellschaft selbst. Es gibt keinen unreifen Kommunismus, sondern nur einen Kommunismus in drei aufeinander folgenden Reifestadien. Es gibt allerdings Widersprüche im Prozessverlauf seiner Geschichte, insbesondere dann, wenn die Charakteristika der Übergänge wie Inhalte der drei Perioden nicht hinreichend bekannt/beachtet sind.

Die dritte Periode, der so genannte reife Kommunismus (bisher die zweite Phase genannt) beginnt historisch gesehen in Elementen bereits in der zweiten Periode des Kommunismus (bisher erste Phase genannt) und setzt auf dem Gebiet der individuellen Konsumtion zuletzt, mit ihrem letzten Element ein, wenn auch dort nach Kriterien des Bedarfs verteilt werden kann.

Formen der Bedarfsentlohnung können insbesondere über gesellschaftliche Formen der Entlohnung geweckt und gefördert werden. Hier kann es, da es sich in der Voraussetzung um Produktionsfortschritt, um ökonomisches Wachstum handelt, auch Rückschläge, sich in die Länge ziehende oder sich verkürzende Phasen geben, aber vom Prinzip geht es immer und nur um diesen Übergang.

Ein solcher in die Länge sich ziehender Wechsel vom Maß der Zeit zum Maß des Bedarfs gilt aber, wie schon gesagt, nur für die individuelle Konsumtion.

Für die gesellschaftliche Konsumtion dagegen, also die Aneignung durch die Betriebe und den Staatsverbrauch, beginnt die Aneignung nach dem Bedarf schon in der Periode der reinen Macht, also unmittelbar nach der Übernahme der Staatsgewalt durch die Arbeiter, d.h. ebenfalls früher als erst in der zweiten Periode, nicht schlechthin erst für die zweite Periode. Allgemein ökonomisch, für die Betriebe relevant, wird Aneignung nach dem Bedarf ab der Periode der Planwirtschaft.

Das Ende der Warenproduktion

Warenproduktion (Wertökonomie), also bürgerliche Form der Produktionsweise als Prinzip der Aneignung (!), kommt in keiner der drei genannten Perioden, auch in der ersten nicht, im vollen Sinne des Wortes vor, mit der Abkehr von der bloßen Macht und dem Übergang zu Machtformen der Planwirtschaft quasi gar nicht mehr.

Formell drückt sich das Ende der Warenproduktion darin aus, dass mit steigender Produktivität in der Arbeit, also auch steigender Güterproduktion, keine Senkung des Preises der Waren auf den gesunkenen Wert der Waren mehr erfolgt, sondern dass die Preise unverändert, konstant bleiben, so dass die Summen der Preise und des in den Umlauf, d.h. in die Verteilung geworfenen Geldes mit dem steigenden Produktionsvolumen steigen. Die Geldmenge wird zu einem doppelten Medium der Warenmenge, nicht mehr besonderen Medium des Warenwertes. Nur wenn der entgegengesetzte Diskurs von Güter-Menge der Arbeit und Wert der Güter-Menge der Arbeit seinen Ausdruck findet, ist das Geld eine entgegengesetzte Ware und ist die Wirtschaft eine Warenwirtschaft. Bleibt das Geld, aber endet die Erscheinung des entgegengesetzten Diskurses von Wert der Menge und Menge selbst, dann ist das Geld ein doppelter Ausdruck des Gebrauchswertes - in seiner reinen Abstraktion als Menge - und ist die Wirtschaft eine Gebrauchsgüterwirtschaft mit einem doppelten Medium der Aneignung (wie es der Lohnform des Arbeiters entspricht).

Es kann eine aktive, die Einnahmen steigernde Geldpolitik betrieben werden, sowohl auf der Ebene der Betriebe als auch auf der Ebene der individuellen Konsumtion (Löhne). Im Unterschied zu einer Warenproduktion (kapitalistischer Entwicklung), wo direkt wie die Produktivkraft der Arbeit nur der Profit steigt, steigen in der Planwirtschaft direkt wie die Produktivität steigt der Gewinn und die Löhne. Das erklärt sich aus dem Konstanthalten der Preise bei steigender Produktivkraft der Arbeit. Die Preise verändern jetzt (wo die Werte ändern und unterschiedlich ändern) nicht ihre relativen Verhältnisse zueinander und gegenüber den Gütern, deren Geldnamen sie sind, sondern diese bleiben konstant, d.h. Preise hören auf, Werte auszudrücken (oder, konzidierten wir eine wertökonomische Erklärung für dieses "Phänomen": drücken ihre Werte nominell unterschiedlich aus, das Geld hört auf, als

Wertmaß einheitlich den Waren gegenüberzutreten). Doch historisch richtig, über die Warenökonomie hinausgehend erklärt, wird Geld ein Billett, das zu Ansprüchen auf Gebrauchsgüter berechtigt. Damit ist die Warenproduktion in allen ihren Erscheinungsformen inhaltlich aufgehoben.

Jeder (Wissenschaftler, Kommunist, Marxist ... Reformers des Kommunismus) der nicht bereit ist, den neuen Erscheinungen im realen Sozialismus geistigen Tribut zu zollen, hat dennoch die Frage zu beantworten, ob er denn ein System konstanter Preise (mit all ihren "Nebenwirkungen") ebenso für eine Form der Warenproduktion hält wie jene Form mit einem System mobiler Preise (wie es Marx beschrieben). Man kann ja auch etwas glauben, was keiner Form der Praxis bedarf.

Rein optisch tritt uns die Aufhebung der Warenproduktion dort entgegen, wo sie uns als ein Widerspruch der "Warenproduktion" entgegentritt: Bei einem direkten Sinken der Kosten und direkten Anstieg des Gewinns mit der individuellen, auf Betriebe reduzierten Steigerung der Arbeitsproduktivität, und wiederum direkten Anstieg der Kosten und direkten Sinken des Gewinns mit Anstieg der Löhne (wenn es nämlich an die Verteilung der gestiegenen Summen der Preise geht). Dann haben wir einen "Widerspruch". Der sozialistische Warenfetischist unterschlägt vornehm die erste Erscheinung - obwohl sie auch der Wertökonomie widerspricht (aber wenigstens schafft sie den Sofortgewinn oder Sonderprofit herbei - und "das ist doch gut"¹⁰) -, und konzentriert sich voll auf die zweite: den Anstieg der Kosten alias Löhne. Dieser reduziert den Sofort- oder Sondergewinn wieder; und ganz erheblich,

¹⁰ Der Gewinn als die Differenz zwischen Kosten und Gesamtpreis wurde zur Basis der so genannten "materiellen Interessiertheit" in den Reformprojekten erhoben, hätte also auch die Basis einer sozialen Privilegiertheit werden können. Was unter kapitalistischer Bedingung besonderer Mehrwert/Profit ist, wäre unter kommunistischer Bedingung besonderer Lohn geworden. Der Kapitalist ist aber Privateigentümer, da ist Besonderheit verständlich, während der Arbeiter im Kommunismus Volkseigentümer ist, und da ist Besonderheit nicht verständlich - außer jener Besonderheit, die ausschließlich auf den Arbeiter als Person zurückführt. Darin besteht aller Antikommunismus oder alle Verzögerung im gesellschaftlichen Übergang zum Kommunismus: Das Besondere gegen das Allgemeine zu erhöhen. Manchmal gelingt es, ist das Besondere tatsächlich reicher als das Allgemeine, aber das *war* ja die Geschichte des Privateigentums!

wenn "die Kosten schneller steigen als die Gewinne steigen". Dann "wird der Betrieb unrentabel". Und dann bedarf es der Intervention aus dem Staatshaushalt, der an eine Politik permanenter "Subventionierung" der "unrentablen" Betriebe gerät. (Was er aber nur kann (!), wenn er zuvor Eigentümer allen betrieblichen Geldes/Einnahmen (in der Gewinnform) geworden ist.) Und dann stellt sich das Paradoxon (für eine Warenökonomie) her, dass die Arbeitsproduktivität steigt und die Rentabilität der Betriebe sinkt, bzw. der Sozialismus entwickelt, aber trotzdem hinter den Kapitalismus ökonomisch "zurückfällt".

Der sozialistische Warenökonom demonstriert seine Unfähigkeit, ökonomische "Phänomene" des Sozialismus zu erklären, d.h. seine Normalität unter Bedingung des formellen Erhalts der Wertform zu verstehen und zu erklären. Er legt an den realen Kommunismus die Elle des Kapitalismus an - und regt sich auf: wie ein Kapitalist. Er nutzt eine Praxis der Revolution für eine Theorie der Restauration ... die ihm nur nicht als eine solche vorkommt, weil sie auch einer Praxis seiner eigenen Macht, allerdings in ihrer frühesten, d.h. unentwickeltesten ökonomischen Erscheinung entsprechen kann. In Wirklichkeit läutet das inhaltliche Ende der Wertform nur auch ihr formelles Ende ein - man muss es aber auch durch die Wertform "hindurch sehen" können. Und dann wollen.

Das Geld im Kommunismus

Als letztes bürgerliches Medium bleibt das Geld, das in der individuellen Konsumtion bis in den Kommunismus hinein aufrechterhalten werden muss. Was das Geld aber nicht mehr, in keinem Falle mehr - außer der ersten Periode und hier aus Gründen der noch nicht zum Kommunismus hin entwickelten ökonomischen Verhältnisse - darstellt, ist ein Wertverhältnis der Arbeit.

Es liegt kein Interesse beim Kommunismus vor, ein auf dem Wert begründetes Eigentum ökonomisch, d.h. eben per Geld, anzuerkennen. In der Ökonomie unterliegt das Geld dem selben Prinzip der Verteilung wie der Gebrauchswert, d.h. es führt keine von diesem unabhängige Bewegung aus ("es zirkuliert nicht", Marx), was das Geld ja erst zum Geld, d.h. Wertverhältnis erheben würde. Sondern das Geld wird allgemein, also auch durch die Betriebe angeeignet wie in der Form des Lohnes. Der Staat, der das

Geld abgibt, entspricht hier dem Kapitalisten, der Geld, das er beim Verkauf der Waren erzielt, an den Arbeiter abgibt, er entspricht diesem nur eben absolut; der kommunistische Staat ist in dieser Hinsicht nichts als der absolute (allgemeine) Kapitalist. (Uns fehlt nur ein Stück Lohntheorie in der Geldtheorie). Das Geld wird von der Gesellschaft (ihren Institutionen) verteilt wie die Gesellschaft Rechte auf Gebrauchsgüter - die ja immer einen konkreten Verbraucher haben - verteilt bzw. zuordnet. Damit hört es auf, ein besonderes Eigentum (oder Interesse) zu sein oder hört das Eigentum auf, überhaupt die Form Privateigentum (= Selbsteigentum, sich selbst zum Eigentum) zu haben. Das Geld, welches Rechte auf die Konsumtion vermittelt, unterscheidet sich von einem Geld, das Rechte auf die Produktion vermittelt, wie sich der Kommunismus vom Kapitalismus unterscheidet.

Es gehörte zum Grundirrtum der sich in Revisionen ergehenden kommunistischen "Wissenschaft", den Wechsel im Charakter des Geldes im Sozialismus, nun seine zweite Phase genannt, nicht zu erkennen und es zu einem Neutrum der Geschichte zu machen - mit allerdings immer dem gleichen Charakter: Wertmaß zu sein. So konnte im Bewusstsein der Menschen, insbesondere der kommunistischen Wissenschaftler, nicht die bürgerliche Produktionsweise, die Warenproduktion verschwinden und der Charakter des Kommunismus nicht als der eingetretene gesellschaftliche Wandel hervortreten. Die Gesellschaft ... stagniert: im Bewusstsein. Der Kommunismus war weiter gediehen als seine Menschen. Nicht der Kommunismus hat den Menschen, die Menschen (Kommunisten) haben dem Kommunismus ein Bein gestellt.

Und worin besteht das Bein-Stellen? - Im Beginn einer Ungläubigkeit. Da es ein Übergang aus der Politik war, bestand auch die Gläubigkeit - zunächst. Und wenn sie bestanden, in Gläubigkeit zu Menschen. Es kann nur logisch sein, dass der Beginn der Ungläubigkeit im Sturz dieser Menschen besteht. So erklärt sich eigentlich alles - wenn man bereit ist so zu erklären. (Wovon ich allerdings nicht überzeugt bin.)

Kommunismus manifester Praxis

Fazit: Eine Verurteilung/Verwerfung des realen Sozialismus (noch dazu im Namen des Sozialismus/Kommunismus) ist in keiner der genannten drei historischen Perioden, in der der Kommunismus bisher praktisch existierte,

notwendig und gerechtfertigt. Wir müssen von einer negativen bis negierenden zu einer positiven bis positiveren Auffassung vom realen Sozialismus zurück (oder voran) kehren, was aber bedeutet, dass wir in der Frage der Fortsetzbarkeit der Warenökonomie im Kommunismus und/oder über das Wesen einer geplanten Ökonomie endlich zur Klarheit gelangen. Wir müssen begreifen, dass ein Widerspruch bis Gegensatz zwischen so genannter Theorie des Kommunismus und wirklicher, manifester Praxis des Kommunismus zu überwinden ist; die Theorie vom Kommunismus muss wieder eine marxistische werden, sie wird es, indem sie ihre eigene, kommunistische Geschichte in sich aufnimmt.

30 Jahre offen-siv

Anna C. Heinrich, Frank Flegel: Rückblick auf 30 Jahre Zeitschrift offen-siv

Entstehung

Der Revisionismus der Gorbatschow-Zeit hatte uns ab etwa 1987 sehr beunruhigt. Eine DDR-Reise Anfang 1989 verstärkte die Sorgen, deren Berechtigung sich mit der Konterrevolution 1989/90/91 leider bewahrheitete. Es war ein tiefer Schock, denn wir wussten genau, dass sich ab nun das Blatt wenden und die gesellschaftliche Entwicklung weltweit einen völlig anderen, grausamen Verlauf nehmen würde.

1993 war der Frust über die Entwicklungen so groß geworden, dass uns klar wurde: man muss sich organisieren. Wir sahen uns um und stolperten über die Kommunistische Plattform der PDS. Nach einem Gesprächstermin mit dem Sprecherrat derselben war die Entscheidung gefallen: wir traten bei. Dazu mussten wir natürlich auch der PDS beitreten, was dann in Hannover auch zügig geschah.

Dort fanden wir ein monatlich erscheinendes Faltblatt vor, also ein DIN-A-4-Blatt, mittig gefaltet und quer bedruckt, mit dem Titel offen-siv. Dort wurden Termine mitgeteilt und es war jeweils ein Artikel aus dem ND zu finden.

Natürlich war uns klar, dass ein Organ eine wichtige Sache ist, und wir dachten uns, dass man aus diesem Faltblatt vielleicht etwas machen könnte. Gleichzeitig brachten wir uns in die Parteistrukturen ein, Anna war nach recht kurzer Zeit zur Landesvorsitzenden der PDS Niedersachsen-Bremen gewählt worden, Frank wurde Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der Kommunistischen Plattform.

Also an die Arbeit! Es dauerte nicht lange, da kamen erste Anfeindungen wegen unseres marxistisch-leninistischen (im damaligen Jargon „dogmatischen, rückwärtsgewandten“) Denkens. Aus dem Faltblatt wurde trotzdem recht schnell eine 60-seitige Zeitschrift, die zu unserer Freude nicht nur im Raum Hannover, sondern bundesweit und vor allem im Osten Deutschlands immer neue Abonnenten/innen fand. Recht bald waren wir bei einer Zahl von mehreren Hundert verschickten Exemplaren, obwohl oder weil (wir wissen es nicht) unser Hauptziel die Entlarvung des Revisionismus und der konterrevolutionären Verdammung der zerstörten DDR war. Die PDS war eine harte Schule, aber wir haben viel gelernt, denn solche Leute wie Gysi, Bisky, Bartsch, die Gebrüder Brie, Modrow, Harald Werner usw. waren keine leichten Gegner.

Situation in und mit der Kommunistischen Plattform der PDS

Die offen-siv wurde inzwischen nicht mehr von der PDS Hannover herausgegeben, sondern von den Gruppen Hannover und Göttingen der Kommunistischen Plattform. Aber innerhalb der Kommunistischen Plattform gab es ebenfalls Probleme, denn niemand in der dortigen Führung wollte darüber nachdenken, die Kommunisten, die in der PDS verblieben waren, zu sammeln und einen gemeinsamen Austritt in Erwägung zu ziehen. Wir hielten das aber für notwendig angesichts recht hoher Austrittszahlen am linken Rand der PDS, was in dieser individuellen Form zur Vereinzelung und Desorganisation führte. Die Widersprüche wuchsen.

Wir hatten inzwischen aufgrund der Herausgabe der offen-siv enge Kontakte zu Harpal Brar, Gerhard Feldbauer, Walter Florath, Kurt Gossweiler, Peter Hacks, Ulrich Huar, Fred Müller, Hanfried und Rosemarie Müller, Willi Opitz, Rolf Vellay, Zbigniew Wiktor und anderen. Über Kurt Gossweiler kam Michael Opperskalski hinzu. Mit diesen beiden, also Kurt und Michael, verband uns lange Zeit eine enge und stetige politische Kooperation, die fast

schon freundschaftlichen Charakter annahm. Das alles missfiel den Verantwortlichen der PDS sehr, aber auch die Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Plattform sahen unsere Entwicklung als bedenklich an. Es war die Rede davon, dass sich eine „neue stalinistische Troika“ gebildet habe mit Kurt Gossweiler als „theoretischem Kopf“, Michael Opperskalski als „brutalem Organisator“ und Frank Flegel als „Charmeur mit dem PDS-Parteibuch.“ Anna bekam in dem Zusammenhang die Rolle des „Flintenweibes“ zugeschrieben.

Es wurde immer heftiger und die Auseinandersetzungen härter. Schließlich gaben die Gruppen der Kommunistischen Plattform Göttingen und Hannover dem Druck nach und kündigten die Herausgeberschaft der Zeitschrift offen-siv auf. Wir waren ohne rechtlichen Rahmen.

Gründung des Herausbergremiums

Um einen neuen rechtlichen Rahmen zu gewährleisten, gründeten wir ein Herausbergremium, den „Verein zur Förderung demokratischer Publizistik“. Diesem gehörten folgende Genossinnen und Genossen an: Erich Buchholz, Hans Fischer, Frank Flegel, Kurt Gossweiler, Peter Hacks, Dieter Hainke, Ingo Höhmann, Anna C. Heinrich, Günther Lange, Willi Opitz, Michael Opperskalski, Eva Niemeyer, Hans Schröter. Rechtssicherheit war nun wieder gewährleistet und wir hatten gleichzeitig ein Beratergremium, das regelmäßig tagte.

Die offen-siv stieß inzwischen auch im Ausland auf Interesse, so gewannen wir Abonnenten in Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Polen, Russland, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Italien, Österreich, der Schweiz, den USA, in Indien und in Kuba.

Wir begannen mit dem marxistisch-leninistischen Fernstudium. Es gab ein relativ großes Interesse, so dass dieses Format sich nun mit einer Unterbrechung, auf die wir gleich zu sprechen kommen, seit 20 Jahren gehalten hat.

Und wir organisierten unterschiedliche Veranstaltungen und Konferenzen im nationalen Rahmen. Aber dazu unten mehr. Die KKE fragte an, ob wir eine Zuarbeit für sie zur Frage der Konterrevolution in der DDR leisten könnten. So entstand unsere Buchveröffentlichung „Unter Feuer – Die

Konterrevolution in der DDR“. Auf das Thema der Buchveröffentlichungen kommen wir aber ebenfalls später noch genauer zu sprechen.

Wir erwähnen das alles hier nur kurz, um zu zeigen: Es war eine sehr erfolgreiche Zeit.

Aber nichts hält ewig...

Gründung der KI, Scheitern der KI, Krise der offen-siv

Im Jahr 2004 hatte sich in Österreich innerhalb der KPÖ eine Gruppe mit dem Namen „Kommunistische Initiative“ gebildet aus Genossinnen und Genossen, die mit dem revisionistischen, zum Teil bereits rein sozialdemokratischen Kurs der KPÖ nicht einverstanden waren und ihn deshalb nicht mehr mittragen wollten. 2005 hat die Kommunistische Initiative (KI) in Österreich mit der KPÖ gebrochen und begonnen, an einer eigenen Parteigründung zu arbeiten.

Wir hatten gute Beziehungen zur österreichischen KI, unter anderem auch weil einzelne Mitglieder schon vorher Kontakt zu uns aufgenommen und die offen-siv abonniert hatten. So gab es enge Beziehungen beispielsweise zu Otto Bruckner, Lisl Rizy und anderen.

Seit 2005 hatten wir in der offen-siv, in unserem Herausbergremium und dann auch im von uns organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudium die Frage der Einheit derjenigen Genossinnen und Genossen, die den Marxismus-Leninismus auch unter dem Druck des immer weiter um sich greifenden Revisionismus und Zentrismus bewahren und behaupten wollen, diskutiert.

Diese Diskussionen führten im Jahr 2008 zur Formulierung des Aufrufes zur Gründung der Kommunistischen Initiative in Deutschland. Es meldeten sich mehrere Hundert Interessierte, ein Ansturm, der die organisierenden Genossen fast überforderte.

Wir hatten zwischendurch Pläne, die geplante Sammlungsbewegung in Regionalgruppen zusammenzufassen, dabei niemanden aus seinen bisherigen

Strukturen herausbrechen zu wollen, sondern ein zusätzlicher, klärender und auf Grundlage der Klärung vereinigender Faktor zu sein. Wir wollten ein möglichst regelmäßig erscheinendes Print-Organ, die „Einheit“ schaffen, wir wollten eine breit angelegte interne Schulungsaktivität entfalten, die mit der Kaderschulung begann, wir hatten einen recht gut funktionierenden Internet-Auftritt und ein hervorragend gemachtes monatliches KI-Info als Internet-Zeitung.

Anfang 2013 aber standen wir am Ende dieses Projektes. Wir waren bereits im ersten Drittel des Jahres 2012 aus der KI ausgetreten. Die mit einem unglaublichen Wagenburgdenken verbundene rüde Form der Kritik nach innen und die ebenso rüde Abgrenzungspraxis nach außen, dazu die innere, informelle Machtstruktur, die jedes gewählte Organ aushebelte und eine wachsende Anzahl nicht mehr diskutierbarer Wertungen und Entscheidungen durchdrückte, ließen uns persönlich keine andere Möglichkeit mehr. Die darauf folgenden Überlegungen und Verhandlungen über eine mögliche Übergabe der offen-siv an die führenden Kader der KI (wir wollten ja keinen endgültigen, offenen, für alle sichtbaren Bruch) scheiterten dann - heute muss man sagen: zum Glück - im Sommer 2012.

Wir, also Anna und Frank, diskutierten und kamen zu dem Ergebnis, dass wir die offen-siv nicht einfach einstellen könnten sondern sie weiterführen müssten. Nach diesem Entschluss mussten wir nicht nur persönlich und, um Schaden von der KI fern zu halten, möglichst geräuschlos, sondern wegen der offen-siv nun auch öffentlich und politisch einen Trennungsstrich ziehen und das bisherige Herausgebergremium, den „Verein zur Förderung demokratischer Publizistik“, der inzwischen mehrheitlich aus KI-Mitgliedern bestand, auflösen. Die Herausbergerschaft übernahm nun Frank als Einzelperson. All diese Widersprüche und Verwerfungen führten unter anderem auch dazu, dass unsere vormals sehr engen Beziehungen zu Kurt Gossweiler und Michael Opperskalski zerbrachen.

Kurze Skizze des Endes der KI: Das Fernstudium war bereits ausgesetzt, die KI-interne Kaderschulung wurde abgebrochen zugunsten eines inneren Klärungsprozesses, der jedoch schon vor seiner Umsetzung stecken blieb. Ein Exekutivkomitee der KI nach dem anderen hat sich als nicht handlungsfähig erwiesen oder wurde dafür erklärt, so dass regelmäßig andere Genossinnen und Genossen einspringen mussten. Immer mehr Genossinnen und Genossen

verstummten, wurden inaktiv, zogen sich zurück, so dass in einem internen Rundbrief der Vorsitzenden der KI Anfang Dezember 2012 feststellen muss, dass die KI nicht mehr in der Lage war, eine jährliche Mitgliederversammlung zu organisieren, weil die Kaderdecke zu dünn und die Führungsgremien inaktiv und handlungsunfähig waren. Das war das Ende der KI, auch wenn sich die KI nicht formell aufgelöst hat.

Diese Katastrophe hatte schwerwiegende Folgen für die Zeitschrift offen-siv: Wir verloren Abonnenten, das führte zu einem spürbaren Mangel an finanziellen Mitteln. Was allerdings noch schwerer wog war die Tatsache, dass kaum noch jemand für die offen-siv schreiben wollte. Wir hatten phasenweise große Probleme, das regelmäßige Erscheinen der Zeitschrift noch irgendwie sicherzustellen. Die Existenz der offen-siv hing zu dieser Zeit am seidenen Faden. Das Vertrauen in unsere eigene Kraft, das Vertrauen in die Möglichkeiten der offen-siv und der dafür notwendige Optimismus schrumpften fast zur Unkenntlichkeit.

Zur Illustration der Situation und der damaligen Stimmung hier ein Zitat aus einer von uns verfassten Erklärung aus dem Jahr 2013: *„Um so mehr müssen wir uns anstrengen, um die Funktion, die die offen-siv schon immer hatte, aufrecht zu erhalten, nämlich im tiefen Tal dieser seit nun schon rund 25 Jahren anhaltenden Epoche der Konterrevolution die Flamme der Revolution, des Marxismus-Leninismus, der Befreiung der Menschheit von Unterdrückung, Ausbeutung, Imperialismus und Krieg nicht erlöschen bzw. von linkssozialdemokratischen und revisionistischen Kräften ersticken zu lassen, sondern sie weiter zu tragen bis in bessere Zeiten. Zugegeben, das ist ein sehr bescheidener Anspruch, der wenig von Mobilisierungs- und Organisationskraft, Einmischen in die Kämpfe und Widerstandsentwicklung spricht.*

Aber leider zwingt uns die Situation der offen-siv zu solcher Bescheidenheit: wir wären zur Zeit weder in der Lage, solche Großveranstaltungen wie die zum 50. und 60. Jahrestag der Gründung der DDR 1999 bzw. 2009 oder die Imperialismus-Veranstaltung im Jahr 2000 durchzuführen, auch keine Veranstaltungen wie die Lesung mit Harpal Brar und Kurt Gossweiler in Berlin, die beiden Lesereisen mit Harpal Brar zum Thema Imperialismus und zum Thema Gorbatschowismus/Perestroika durch West- und Ostdeutschland (alles Anfang der 2000er Jahre) oder ein marxistisch-leninistisches

Fernstudium, wie wir es in mehreren Durchgängen während der Jahre 2006 - 2009 organisiert haben.

Dazu fehlen uns im Moment sowohl die finanziellen als auch die personellen Möglichkeiten. Die Brötchen, die wir jetzt noch backen können, sind viel kleiner: es geht darum, ob die offen-siv die entstandene Katastrophe überlebt oder nicht.“

Aber, wie man heute sieht: die offen-siv hat überlebt.

Beginn der Zusammenarbeit mit der KPD, dann Mitgliedschaft

Ein großer Schritt heraus aus diesem depressiven Loch war der Anruf eines Mitglieds der KPD aus Göttingen und ehemaligen Teilnehmers des Fernstudiums, der uns vorschlug, das Fernstudium gemeinsam mit der KPD wiederzubeleben. Interessenten gäbe es genug, meinte er. Wir fuhren nach Göttingen, diskutierten das Ganze, sahen, dass die Vorschläge Hand und Fuß hatten, dann nahm Frank an einer ZK-Sitzung teil und schließlich stellten wir beim Parteitag der KPD im November 2015 das Konzept des Fernstudiums vor und der Parteitag beschloss die gemeinsame Durchführung in den Jahren 2016/2017. So entstand die aktuelle Tradition, das marxistisch-leninistische Fernstudium von KPD und offen-siv kontinuierlich durchzuführen. Es gab zwischenzeitlich so viele Interessenten, dass wir zweizügig verfahren mussten.

Es dauerte nicht lange, bis wir beide in die KPD eintraten und neben dem Fernstudium auch weitere Aufgaben übernahmen, sowohl bei Partei-Veranstaltungen als auch in Gremien der Partei, z.B. in ZK oder in Parteikommissionen.

Unsere Großveranstaltungen

- Unsere erste DDR-Konferenz „Auferstanden aus Ruinen“ im November 1999 (zwei-tägig).
- Unsere Konferenz „Imperialismus und anti-imperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert“, im Oktober 2000, gemeinsam mit dem RotFuchs (zwei-tägig).

- Unsere zweite DDR-Konferenz „Und der Zukunft zugewandt“ im Oktober 2009 (zwei-tägig).
- Die dritte, von der KPD organisierte DDR-Konferenz: „Die DDR, das neue Deutschland“ im Oktober 2019.¹¹
- Von uns organisierten Lesungen z.B. mit Kurt Gossweiler (Taubenfußchronik) und Harpal Brar (Perestrojka – der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus) sowie zwei Lesereisen mit Harpal Brar (Imperialismus im 21. Jahrhundert und Perestrojka).

Unsere Buchveröffentlichungen

- Auferstanden aus Ruinen, Protokollband der gleichnamigen Veranstaltung im November 1999, Autoren: Erich Buchholz, Pavel Dektar, Walter Florath, Kurt Gossweiler, Ulrich Huar, Michael Opperskalski, Marta Rafael, Hans Schröter, Klaus Steiniger, Rolf Vellay, Karl-Eduard von Schnitzler, Zbigniew Wiktor
- Imperialismus und anti-imperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert, Protokollband der gleichnamigen Veranstaltung, gemeinsam mit dem RotFuchs, Oktober 2000, Autoren: Harpal Brar, Christian Chistians, Jo Cottenier, Teddy John Frank, Ulrich Huar, Anneke Ioannatou, Khwezi Kadalie, Herbert Kandel, René Lefort, Robert Medernach, Gerhard Niebling, Michael Opperskalski, Willi Opitz, Paolo Pioppi, Karel Intera, Dieter Popp, Andrea Schön, Klaus Steiniger, Schungu Tunda Nonga, Rolf Vellay, Zbigniew Wiktor.
- Mitherausgabe des Buches von Harpal Brar: Imperialismus im 21. Jahrhundert, erschienen bei Pahl-Rugenstein 2001
- Niederlagenanalyse. Die Ursachen für den Sieg der Konterrevolution in Europa, Reprint der besten Offen-siv-Artikel, 2007. Autoren: Cercle Henri Barbusse, Pavel Dektar, Gerhard Feldbauer, Frank Flegel, Kurt Gossweiler, Gerald Hoffmann, Ulrich Huar, Karel Intera, Anneke Ioanatu, Hermann Jacobs, Kommunistische Initiative Österreich, Kommunistische Partei

¹¹ Wir wollen diese Konferenz nicht für die offen-siv requirieren. Wir weisen hier nur auf den Protokollband der Konferenz hin, weil wir wesentlich bei der Planung und vor allem bei der Herausgabe dieser nachfolgenden Veröffentlichung beteiligt waren.

Griechenlands, KP Chinas, Michael Opperskalski, Andrea Schön, Andrea und André Vogt.

- Und was war es nun wirklich? Festschrift für Kurt Gossweiler anlässlich seines 90. Geburtstages, 2007. Autoren: Ellen Brombacher, Otto Bruckner, Erich Buchholz, Gerd Deumlich, Irene Eckert, Stefan Eggerdinger, Irene und Hans Fischer, Frank Flegel, Dieter Hainke, Anna C. Heinrich, Klaus Hesse, Hans Heinz Holz, Margot Honnecker, Ulrich Huar, Dieter Itzerott, Heinz Keßler, Kommunistische Arbeiterzeitung, Günther Lange, Hermann Leihkauf, W.I. Lenin, Robert Medernach, Hanfried Müller, Eva Niemeyer, Matthias Oehme, Michael Opperskalski, Max und Marlies Renkl, Lisl Rizy, Dieter Rolle, Eva Ruppert, Heinz Schmidt, Werner Seppmann, Renate Schönfeld, Studenten des offen-siv-Fernstudiums, Wolfram Triller, „Trotz alledem“ – Zeitschrift der KPD(B), Andrea und André Vogt, Zbigniew Wiktor, ZK der KPD.

- Unter Feuer, Die Konterrevolution in der DDR, Autoren: Erich Buchholz, Klaus Eichner, Klaus Hesse, Kurt Gossweiler, Dieter Itzerott, Hermann Jacobs, Heinz Kessler, Hermann Leihkauf, Michael Opperskalski, 2009, 2. Auflage 2019

- Und der Zukunft zugewandt, Protokollband der gleichnamigen Veranstaltung im Oktober 2009. Autoren: Hans Bauer, Harpal Brar (Großbritannien), Erich Buchholz, Hans-Werner Deim, Frank Flegel, Jens Focke, Radim Gonda (Tschechische Republik), Kurt Gossweiler, Wolfgang Herrmann, Dieter Hillebrenner, Ingo Höhmann, Dieter Itzerott, Tamila Jabrowa (Ukraine), Heinz Keßler, Martin Kober, Michael Kubi, Heinz Langer, Hermann Leihkauf, Michael Lukas (Kanada), Robert Medernach (Luxemburg), Ley Ngardigal (Tschad), Michael Opperskalski, Fanis Paris (Griechenland), Achim Reichardt, Torsten Reichelt, Ali San (Türkei), Josef Skala (Tschechische Republik), Monika van der Meer, Thomas Waldeck, Heiderose Weisheit, Khalil Weshah (Palistinian Youth Organisation, Palästina), Zbigniew Wiktor (Polen)

- Gerhard Feldbauer: Die Augustrevolution 1945 in Vietnam. Die kommunistische Partei – Organisator der siegreichen nationalen Befreiungsrevolution, 2015

Michael Kubi: Die Sowjetdemokratie und Stalin. Theorie und Praxis in der Sowjetunion 1917 – 1953, 2015, 2. Auflage 2019

- Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis. Briefe an den Genossen Dieter Itzerott, 2016

- Kurt Gossweiler: Wie konnte das geschehen? Drei Bände. 1. Band: Beiträge zur Faschismus- und Revisionismusanalyse, 2. Band: Analysen zu geschichtlichen Ereignissen, 3. Band: Briefe, Reden, Kritiken, Repliken und Nachrufe, 2017

- Michael Kubi: Zur Geschichte der Sowjetunion. Eine totalitäre Diktatur der Bürokraten?, 2019

- Harpal Brar: Perestrojka. Der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus, 2. Auflage, 2020

Ökonomische, politische und persönliche Organisationsform der offen-siv

Unsere Zeitschrift offen-siv hat einige für eine kommunistische Zeitschrift untypische organisatorische Merkmale.

Wirtschaftlich: Wir erscheinen auf Spendenbasis, d.h. niemand muss, aber alle können etwas spenden. Alle geben je nach Können und Vermögen. Wir rechnen also nicht penibel Ware gegen Geld ab. Und das Verfahren funktioniert. Es gibt Leser und Leserinnen, die uns mitteilen, nicht zum Spenden in der Lage zu sein, die Zeitschrift aber trotzdem gern bekommen würden – und es gibt Leserinnen und Leser, die finanziell besser dastehen und die deshalb monatlich 5, 10 oder 20, manche sogar 50 Euro im Monat überweisen, andere 150 Euro im Jahr oder sogar mehr. An dieser Stelle herzlichen Dank dafür! Diese Finanzierungsart haben wir übrigens von den „Weißenseer Blättern“, einer evangelisch-kommunistischen Zeitschrift von Rosemarie und Hanfried Müller aus Berlin, übernommen.

Politisch: Die Zeitschrift offen-siv ist organisationsunabhängig, d.h. sie ist kein Parteiorgan. Trotzdem ist sie natürlich parteilich, eben marxistisch-leninistisch. Aber diese eigenständige Organisationsform hat der offen-siv schon mehrfach das Leben gerettet. Natürlich ist eine solche Organisationsform für eine kommunistische Zeitschrift unnormal und eigentlich befremdlich. Aber in diesem konterrevolutionären Deutschland, das erstens als eins der am höchsten entwickelten imperialistischen Länder selbstverständlich auch eine Brutstätte des Revisionismus ist, in dem es zweitens eine kommunistische Bewegung gibt, die durch die Konterrevolution

im eigenen Land und den Sieg des imperialistischen Teils über den sozialistischen sehr geschwächt und zum Teil bis heute desorientiert ist, hat sich diese unabhängige Organisationsform sehr bewährt.

Persönlich: Die Zeitschrift wird von einer Genossin und einem Genossen verantwortet. Kollektive Organe wie das Herausbergremium haben sich nicht bewährt. So lange die konterrevolutionäre Situation in Deutschland anhält, werden wir an diesem einer Trutzburg ähnelndem Organisationsmodell festhalten. Allerdings steht auf die Dauer ein Wechsel an: Wir werden nunmal jedes Jahr älter, und es ist absehbar, dass wir die offen-siv zwar noch einige Jahre werden weiterführen können, aber ein Nachlassen der Belastungsfähigkeit ist abzusehen. Da wird es irgendwann Nachwuchs brauchen, sehr entschlossenen und in manchen Dingen auch sehr leidensfähigen Nachwuchs.

Aus der Leser/innen-Post

Vitali Kovel: Alle Völker sollen in Frieden leben

Lieber Frank,

ich gratuliere Anna und Dir zum Tag der Gründung der DDR und wünsche dem deutschen Volk viel Erfolg auf dem Weg zum Sozialismus! Alle Völker sollen im Frieden leben, und der verfaulende Kapitalismus versucht sich mit dem totalen Krieg zu retten. *"Man muß den Leuten die reale Situation erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird"*. (LW 33, 433)

Lange habe ich von Dir nichts gehört. Deine letzte Nachricht war vom 29.09.22, seitdem nichts. Bist Du gesund?

Seit vorigem Jahr habe ich keinen Zutritt mehr ins Facebook, wo ich mit meinen KPD-Freunden einst verkehrt bin - schade. Aber ich kann noch "Die Rote Fahne" lesen ... Dadurch kenne ich die Schwierigkeiten eures Lebens und ich verstehe auch, daß Du alle Hände voll zu tun hast.

Ich danke Dir für die regelmäßige Lieferungen, für die offen-siv-Hefte (das letzte war 8/2023) und das interessante Buch von Gen. Jacobs. Die Hefte,

außer zwei letzten, habe ich schon durchgelesen, das Buch über das NÖS noch nicht. Zum Jahrestag der DDR nahm ich mir das Buch von Doernberg "Kurze Geschichte der DDR" zum Lesen. Heute bin ich gerade bei dem VI. Parteitag der SED, auf dem das NÖS verkündigt wurde.

Nach dem Tod Khabarovas mußte ich einen Teil ihrer Arbeit auf mich nehmen, mehrmals nach Moskau fahren. Jetzt haben wir - die bolschewistische Plattform in der KPdSU (BP) und die Bewegung der Bürger der UdSSR (DG) - große organisatorische Schwierigkeiten. Unsere Web-Seite wurde von den Aufsichtsorganen blockiert (der Inhalt wurde von uns vorsorglich erhalten). Es regten sich allerlei Khabarova-Gegner, die während ihres Lebens nicht wagten, sie zu kritisieren. Jetzt probieren sie es, aber erfolglos. Ein Angriff aus Paris wurde vor einigen Tagen von mir zurückgeschlagen.

Es bleibt mir eigentlich keine Zeit übrig, Artikel zu schreiben, aber ich muß es. Ich habe den einen begonnen, nämlich über den s.g. "Volksaufstand", den 17. Juni vor 70 Jahre. Dafür habe ich die Absicht, eine neue Information aus dem Protokollband Eurer Berliner Konferenz (2019) zu benutzen, ein Referat von Renate Schiefer, das ich schon übersetzt habe.

Nun muss ich mich auf die Zoom-Konferenz um 16 Uhr vorbereiten.

Mit bolschewistischem Gruß, auch an Anna, und ich gratuliere Euch auch zum 30. Jahrestag Eurer Zeitschrift, die ich gern lese.

Alles Gute, Vitali, Gorkij (SU)

LI Yanchunyu: Liebe Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei Deutschlands, Grüße!

Ich bin mehr als erfreut, von euch zu hören. Da E-Mail unter den Oberstufenschülern in China nicht das wichtigste Kommunikationsmittel ist, habe ich Ihren Brief fast 2 Monate später gefunden, so dass ich nicht rechtzeitig reagieren konnte. Das tut mir sehr leid.

Ich habe die beiden Ergänzungen und die Nachricht von Genosse Jürgen Gepert gelesen (ich hoffe, dass ich den Namen dieses Genossen richtig geschrieben habe). Aus Deiner Antwort habe ich wirklich das Gefühl

gewonnen, dass, obwohl die internationale sozialistische Bewegung in eine schwierige Situation geraten ist, die feste Verbindung zwischen den Kommunisten nicht nur erhalten bleibt, sondern immer stärker wird.

Nachdem ich diese beiden Ergänzungen gelesen habe, möchte ich meine Ansichten über einige der von Ihnen erwähnten Punkte ändern, und einer der wichtigsten Punkte ist der Abs. 5 und 6.

Es ist verständlich, dass die Genossen außerhalb Chinas mit dem Begriff "Sozialismus mit chinesischen Merkmalen" verwirrt sind. Vielleicht neigen einige Genossen dazu, unsere Theorie als Revisionismus und die KPCh als revisionistische Partei zu betrachten, das spielt keine Rolle, die Sorge dieser Genossen um die "Revisionistenkrise" in China beweist, dass sie die Sache des chinesischen Volkes als ihre eigene Sache betrachten, was ihre hohe Verantwortung für die Sache der Menschheit zeigt. Aber hier möchte ich sagen, dass unsere Theorie keine andere Theorie ist als der Sozialismus und Kommunismus, die aus dem Marxismus, dem Leninismus, dem Gedankengut von Mao Zedong, der wahren Situation der chinesischen Gesellschaft und einigen vernünftigen und nützlichen Teilen der traditionellen chinesischen Kultur stammt. Es ist schwierig, dies in einem kurzen Brief deutlich zu machen, es ist ein ganzes Buch wert, und ich bin nicht qualifiziert genug, um dieses hohe Niveau zu erreichen, das ein perfektes Verständnis des Marxismus, Chinas und der chinesischen Kultur erfordert. Es ist jedoch viel einfacher für mich, nur einige Fakten zu erwähnen. Eigentlich ist es wegen meines schlechten Englisch auch nicht einfach für mich, das zu schaffen, aber ich werde trotzdem mein Bestes versuchen.

Erstens muss ich zugeben, dass mit der Einführung der Marktwirtschaft die Kapitalisten in China wieder zum Leben erwachen, und wir leugnen das nie. Wir wissen jedoch, dass die Zukunft der Arbeiterklasse hauptsächlich von der Bildung der heranwachsenden nächsten Generation abhängt, und in unserem Bildungssystem (da ich Student bin, weiß ich relativ mehr über das Bildungssystem als die ausländischen Genossen) kommen wir nicht umhin, das Einkommen der privaten Unternehmen als Einkommen aus Ausbeutung zu bezeichnen. Ich denke, das ist eine ziemlich feste Schranke, die China davor bewahren kann, ein neues kapitalistisch-imperialistisches Land zu werden.

Zweitens entwickelt sich das sozialistische Volkseigentum stetig weiter und hat die dominierende Stellung eingenommen. Ich selbst bin in der Atmosphäre eines staatlichen Unternehmens aufgewachsen, meine Eltern sind alle Arbeiter in der Erdöl- und Erdgasindustrie, in der die Partei absolut führend ist. Ich denke, solange das öffentliche Eigentum den Hauptstrom der Volkswirtschaft kontrolliert, gibt es keine Möglichkeit, dass Kapitalisten sie organisieren und mit unserer sozialistischen Gesellschaft untergehen. Und es macht es möglich, dass nicht-staatliche Unternehmen die Menschen mit Konsumgütern versorgen, was eine große Rolle bei der Steigerung der Lebensqualität spielt.

Drittens praktizieren die meisten Parteimitglieder, vom Generalsekretär Xi bis zu den einfachen Mitgliedern, immer noch den Geist, den sich der Vorsitzende Mao ausgedacht hat: Dem Volk mit Leib und Seele zu dienen. Sie können sehen, dass während der Coronavirus-Epidemie in China die Partei und ihre Mitglieder schnell, effizient und effektiv gehandelt haben, was am meisten zu unserem Erfolg bei der Bekämpfung des Virus beigetragen hat. Eines Tages wird die rote Fahne mit Sichel und Hammer der Partei immer noch über der schönen Erde und dem Wasser Chinas wehen, China ist immer noch ein sozialistisches Land, das der Arbeiterklasse für immer treu ist.

Und dann, warum schauen wir uns nicht an, wie die internationalen Reaktionäre China und die KPC behandeln. Die USA haben China beschuldigt und gesagt, China sei ein revisionistisches Land. Meine lieben Genossen, habt ihr jemals gehört, dass das größte imperialistische Land ein sozialistisches Land als "revisionistisches Land" verurteilt? Das ist sehr drollig. Warum beschuldigen die USA jeden Tag China? Nur weil der Aufstieg Chinas die Hegemonie der USA bedroht? Ja, aber nicht in erster Linie, weil Russland, das über die größte Anzahl von Atomwaffen auf dem Planeten verfügt, in den Augen der USA ebenfalls eine Bedrohung darstellt. Europa, Japan, der Nahe Osten und so weiter. Es ist die Ideologie des Sozialismus und Kommunismus, die das böse Imperium am meisten vor China fürchten lässt. Und die Feindseligkeit und der Angriff des stärksten Feindes der "Internationalen" beweist, dass China immer noch dem Marxismus-Leninismus und dem Gedankengut von Mao Zedong treu ist. ...

LI Yanchunyu, Yulin, Shaanxi, People's Republic of China, Mar. 28th 2020

Gerhard Feldbauer. ...was als Quelle hätte angegeben werden müssen

Bei dem in *offensiv* 9/23 veröffentlichten Beitrag „Gerhard Feldbauer: Ein vorhersehbarer Verrat – Oder wer hat die DDR verraten und verkauft“ handelt es sich, was als Quelle hätte angegeben werden müssen, aber unterblieb, um Wiedergaben (wobei der Autor eigene Zwischen-Titel setzt) aus meiner Schrift: „Die Stunde der Opportunisten. Gregor Gysi griff 1989/90 die Liquidierung der italienischen PCI als Modell für seine PDS auf“, in: Marxistisch-leninistische Theorie und revolutionäre Praxis, Schriftenreihe der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Landesorganisation Berlin, Ausgabe 1/2020. Neuauflage, von Hg. E. Rasmus unter „Die Stunde der Opportunisten. Über die Umbruchsjahre in der SED-PDS 1989/90, bei Amazon 2023.

Christian Kunz: Strategie und Taktik der Kommunisten

In meiner Timeline [Informationen verknüpfter Konten in den sog. Sozialen Medien, Anm. d. Redaktion] habe ich viele Kommunistinnen und Kommunisten. Einigen bin ich politisch näher, anderen weniger nahe.

Die heutigen Auseinandersetzungen sind die schärfsten, seit ich in der Politik bin. Ich denke, viele machen den Fehler zu versuchen, aus der aktuellen Schwäche der Arbeiterbewegung und unserer Klasse herauszukommen, indem sie sich andere Kräfte suchen. Das halte ich für einen Fehler, wir müssen zurück zu den Basics: Partei aufbauen, unsere Organisationen stärken, in den Betrieben und in den Städten arbeiten, usw. Das sehe ich als dringend an, denn nur die kommunistische Bewegung ist keine bürgerliche Bewegung.

Wir müssen uns bilden und den dialektischen und historischen Materialismus anwenden. Wir befinden uns in einer Situation wie vor dem ersten Weltkrieg: Keine der imperialistischen Mächte bedeutet etwas Positives. Das muss uns klar sein. Eine Gegenmacht wie die UdSSR gibt es nicht mehr.

Wollen wir den Faschismus verhindern werden wir die Arbeiterklasse wecken müssen. Die Zeit drängt. Und weder rechte Gruppen noch die Sozialdemokratie sind Bündnispartner.

Ebenso müssen wir uns von der Volksfrontpolitik verabschieden. Ich möchte nicht diskutieren, ob sie 1935 richtig oder falsch war, heute ist sie definitiv falsch! Heute wird ein breites Bündnis innerhalb der Arbeiterklasse entstehen müssen, keine Zusammenarbeit mit Teilen der Bourgeoisie!

Wir leben in einem imperialistischen Land. Hier gibt es nur noch Klasse gegen Klasse.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

